



**Halbzeitbilanz der Landesregierung Brandenburg
7. Legislaturperiode**

5. April 2022

Inhalt

Vorwort.....	1
A. ZUSAMMENHALT	
1. Brandenburgs Regionen als attraktive Lebens-, Arbeits- und Innovationsräume	3
2. Durchstarten nach Corona: Gesellschaft und Wirtschaft stärken	10
3. Digitalisierung für alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche	13
B. SICHERHEIT	
1. Polizei und Justiz: Sicherheit und Verlässlichkeit	16
2. Wir stärken Bildung und unterstützen Familien, damit die Kinder in unserem Land.....	20
auch künftig sicher und gesund aufwachsen können.	
3. Pflege und Krankenhausstandorte.....	22
4. Wissen-schaffen.....	23
5. Kultur: Das Verbindungselement unserer Gesellschaft	24
C. NACHHALTIGKEIT	
1. Fundament für eine bewusste und vorausschauende Klimapolitik.....	26
2. Klimaneutrale Energieversorgung.....	28
3. Erfolgreiche Strukturentwicklung der Lausitz.....	31
4. Land- und Forstwirtschaft: Klimagerechte und nachhaltigen Bewirtschaftung.....	33

Vorwort

Die Welt befindet sich im Krisenmodus. Am 24. Februar 2022 begann der vom russischen Präsidenten Wladimir Putin befohlene völkerrechtswidrige Aggressionskrieg gegen die Ukraine. Bereits seit März 2020 grassiert auch bei uns die Corona-Pandemie. Die Klimakrise verschärft sich weiter. Das sind einschneidende Ereignisse, die sich auf das tägliche Leben auch bei uns in Brandenburg auswirken. Sie beherrschen auch die Schlagzeilen, die Gespräche untereinander, in Familien, unter Freunden.

Dabei gerät zum Teil aus dem Blick, was alles hier im Land gerade in den letzten gut zwei Jahren gelungen ist. All das, was von vielen Menschen geleistet wurde und wird, ist aber Realität und prägt den Lebensalltag in Brandenburg.

Mit dieser Bilanz zur Hälfte der 7. Legislaturperiode wollen wir diese Themen benennen, aber den Krieg in der Ukraine mit der großartigen Unterstützung der Menschen in Brandenburg für Geflüchtete genauso wenig aussparen wie die Pandemie, deren Bekämpfung ein Akt gesellschaftlicher Solidarität war und wohl auch bleibt. Nur wenn wir es schaffen, diese Solidarität zu erhalten und zu pflegen, werden wir gestärkt aus der Krisenzeit hervorgehen können.

Am 20. November 2019 nahm die Landesregierung ihre Arbeit auf. Dass sie seitdem mehr als 30 Gesetzentwürfe und 110 Verordnungen beschlossen hat, gehört zur statistischen Pflichtberichterstattung. Entscheidend ist, dass alles unter dem Dreiklang „Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“ steht, dem Motto des am 19. November 2019 unterzeichneten Koalitionsvertrags.

Seitdem hat Brandenburg sich gewandelt. Mit der geschaffenen Basis können wir, und das nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, zu einem der führenden Bundesländer und zur Gewinnerregion der 2020er Jahre werden. Es geht uns um moderne Wirtschaft und 'Gute Arbeit', um Innovation durch exzellente Wissenschaft und Forschung und ihren Transfer in die Gesellschaft, um sozialen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung, um Energiesicherheit und Klimaschutz, um ein mobiles Brandenburg und bürgernahe Teilhabe im ganzen Land, um soziale und innere Sicherheit, um Tradition und Digitalisierung, um gute Nachbarschaften und Dialog.



Tesla Autofabrik Grünheide (Mark)

In die Zeit dieser Bilanz fallen die Ansiedlung der Tesla-Autofabrik mit Produktionsstart im März 2022, die Weichenstellungen für die Strukturentwicklung in der Lausitz, die Eröffnung des Flughafens BER und vieles mehr. Unvergessen dabei: Die erfolgreiche vierwöchige EinheitsEXPO zum Tag der Deutschen Einheit 2020. Wir haben mit dem innovativen Ausstellungenskonzept aus der coronabedingten Not eine Tugend gemacht.

Wir verbinden Wirtschaftswachstum mit Klimaschutz. Deshalb wollen wir die erneuerbaren Energien, bei denen wir bundesweit bereits weit vorne liegen, weiter ausbauen. Wir wollen Wertschöpfungsketten bei der CO₂-freien Mobilität und Industrieproduktion auf- und ausbauen. Aber der Blick darf nicht auf die Wirt-

schaftsentwicklung verengt werden. Genauso wichtig sind der soziale Zusammenhalt und die nachhaltige Landesentwicklung.

Um unsere Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, arbeiten wir an einer gut gesteuerten Regionalentwicklung, müssen wir Zersiedlung und Flächenverbrauch vermeiden. Wir treten ein für einen handlungsfähigen und starken Rechtsstaat. Dafür setzen wir zusätzliches Personal bei Polizei und Justiz ein. Das gilt auch für Bildung in Kita und Schule. Kultur und Wissenschaft sind zentrale Zukunftsfelder für die Entwicklung des Landes. Die pflegerische Versorgung wollen wir langfristig sichern. Und ganz klar gilt auch weiterhin, die ländlichen Räume mit einer regional verankerten klimaangepassten Landwirtschaft zu stärken und unsere wertvollen Naturlandschaften, das „Tafelsilber der Deutschen Einheit“, zu bewahren und zu schützen



Naturpark Uckermärkische Seen

Mit diesem breiten Themenfächer wird Brandenburg in diesem Jahrzehnt große Schritte vorankommen. Dabei stimmen wir uns bei den Themen der Hauptstadtregion, die ganz Brandenburg und Berlin umfasst, eng mit dem Senat ab.

Die gute Entwicklung Brandenburgs – auch auf dem Arbeitsmarkt¹ – in den letzten Jahren hat sich herumgesprochen. So hieß es am 13. Oktober 2021 im Handelsblatt: „Brandenburg mausert sich vom abgehängten Bundesland zum neuen Industriestandort für gefragte Technologien.“ Und in einer repräsentativen Umfrage der Märkischen Allgemeinen Zeitung im Dezember 2021 beschrieben 70 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger ihre derzeitige Lebenssituation als (sehr) zufriedenstellend. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen hier leben wollen. In kein anderes Bundesland sind 2020 mehr Menschen gezogen als nach Brandenburg. Willkommen allen Neu-Brandenburgerinnen und -Brandenburgern!

Gemeinsam werden wir uns auch in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass Brandenburg ein lebenswerter, ein attraktiver Ort bleibt, für alle Bürgerinnen und Bürger, egal ob jung oder alt, neu dabei oder schon lange da, in den Städten oder auf dem Lande. Brandenburg als Gewinnerregion der zwanziger Jahre für seine Menschen zu gestalten – das bleibt unsere Richtschnur für die zweite Hälfte der Legislaturperiode.

Dietmar Woidke

Michael Stübgen

Ursula Nonnemacher

¹ Die Arbeitslosenquote lag im März 2022 bei 5,5 Prozent und damit um 0,9 Punkte unter dem Vorjahreswert



Pressekonferenz vor der „Blauen Wand“: Ministerpräsident D. Woidke, stv.. Ministerpräsidentin U. Nonnemacher, stv.. Ministerpräsident Micheal Stübgen

A. ZUSAMMENHALT

Zusammenhalt und Gemeinsinn sind in den Zeiten großer Krisen wichtiger denn je. Dem sieht sich die Landesregierung in allen Politikfeldern verpflichtet. So geht es darum, das ganze Land mit seinen regional unterschiedlichen Bedürfnissen voranzubringen. Dazu gehört eine enge Kooperation der Regionen untereinander ebenso wie mit unserem Nachbarn Berlin. Mit dieser gemeinsamen Kraft hat die Metropolregion die Chance, die Gewinnerregion der 20-er Jahre zu werden.

1. Brandenburgs Regionen als attraktive Lebens-, Arbeits- und Innovationsräume

Berlin und Brandenburg – erfolgreiche Hauptstadtregion

Zwei Bundesländer, eine Region: Berlin und Brandenburg nutzen die Chance, die Hauptstadtregion von der Prignitz bis zur Lausitz, von der Uckermark bis in den Fläming zu einer der erfolgreichsten und lebenswertesten Regionen in Deutschland und Europa zu machen.

Mit dem „**Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion**“ haben wir gemeinsam - das

Brandenburger Kabinett und der Senat von Berlin - im April 2021 ein zentrales Instrument beschlossen. Es geht um die gemeinsamen Themenfelder Wohnen, Mobilität, Wirtschaft/Energie/Klima, Ehrenamt/Medien, Innere und soziale Sicherheit, Digitalisierung, Wissenschaft/Kultur/Bildung und internationale Vernetzung. Ein länderübergreifendes Gremium begleitet die Arbeit an den insgesamt 57 Kooperationsvorhaben.

Zweimal jährlich – zuletzt am 29. März 2022 in Frankfurt (Oder) – tagen Brandenburger Kabinett und Berliner Senat gemeinsam, um sich zu konkreten Projekten abzustimmen und diese eng zu begleiten – so oft wie kaum zuvor in der 32-jährigen Geschichte der Nachbarn.



Berlin-Brandenburg: Kabinett und Senat am 29.03.2022 in Frankfurt (Oder)

Polen: Auf gute Nachbarschaft

Für die Regionalentwicklung insbesondere des östlichen Brandenburgs ist die enge Beziehung zu den benachbarten polnischen Wojewodschaften bedeutsam. Dem dient auch die im Juni 2021 verabschiedete Nachbarschaftsstrategie **Brandenburg-Polen**. Ziel ist eine systematische Verflechtung möglichst vieler Lebens- und Politikbereiche in der brandenburgisch-polnischen Nachbarschaft.



Grenzbegegnung in der Doppelstadt an der Oder: Frankfurts OB R. Wilke, MP D. Woidke, Marschällin E. Polak und Slubices Bürgermeister M. Olejniczak

Das ‚finanzielle Herz‘ der brandenburgisch-polnischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind die neuen Programme für europäische territoriale Zusammenarbeit (INTERREG), deren

Entwürfe im März 2022 vorgestellt wurden. Insgesamt stehen bis 2027 etwa 200 Mio. Euro zur Verfügung (insbesondere Tourismus, Bildung, Kultur, Gesundheit, Katastrophenschutz, Polizei und Zoll).

Zukunftsinvestitionsfonds

Die Aufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, bei Innovationen und der Digitalisierung sowie des Klimaschutzes erfordern zusätzliche Investitionen in moderne Infrastruktur und Zukunftstechnologien. Dafür haben wir bereits zu Beginn der Legislatur im Dezember 2019 mit **einer Milliarde Euro** das Sondervermögen „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“ (ZifoG) eingerichtet. Mit dem ZifoG werden strategisch bedeutende Investitionen des Landes in nahezu allen Politikbereichen auf den Weg gebracht, die in alle Regionen ausstrahlen und neue Impulse setzen.

Starke Regionen – starkes Land

„Stärken verbinden!“ Das ist das Motto der neuen **Regionalentwicklungsstrategie (RES)**, deren Eckpunkte das Kabinett Ende August 2021 beschloss. Sie wird im Dialog mit den Regionen ausgearbeitet. Die regionalen Akteure haben sich in den fünf Planungsregionen – die alle vom äußeren Rand Brandenburgs bis zur Berliner Stadtgrenze reichen – auf den Weg gemacht, um miteinander regional spezifische Schlüsselprojekte zu verabreden (z. B. Mobilität, Energie, Wirtschaft, Tourismus).

Mit dem Prozess werden die Wettbewerbsfähigkeit und der regionale Zusammenhalt gestärkt sowie die Potenziale von Stadt und Land noch besser miteinander verbunden. Noch im Jahr 2022 werden erste **Schlüsselvorhaben** im Kabinett vorgestellt.

Ein wichtiges Instrument der Regionalentwicklung sind die **Entwicklungachsen** („Wachstum ins gesamte Land tragen“). Dadurch sollen alle

Teile des Landes von der dynamischen Entwicklung des Berliner Umlandes profitieren. Die Achsen liegen insbesondere entlang der leistungsfähigen Bahntrassen.

Mit dem zum Beginn dieses Jahres gestarteten **Programm „Zusammenhalt“** fördern wir zudem mit fünf Mio. Euro bis zum Ende der Legislaturperiode Projekte zur Stärkung des Zusammenhalts und für ein solidarisches Miteinander in kleinen Gemeinden und Ortsteilen Brandenburgs.

Das **LEADER-Programm** ist der strategische Ansatz einer modernen ländlichen Entwicklung. Seit Januar 2020 wurden 74 Vorhaben mit 21 Mio. Euro im Bereich der sozialen Dorfentwicklung gefördert (Gesamtvolumen 31,5 Mio. Euro). Auch eine Unterstützung von Dorfläden mit gastronomischen Angeboten ist jetzt möglich.



Brandenburgs Marketing-Kampagne; www.es-kann-so-einfach-sein.de

Ein starkes Land mit **starken Regionen** wird zunehmend zu einer besonderen Marke. Mit überraschenden Aktionen, nachhaltigen Auftritten und klugem **Landesmarketing** punktet Brandenburg zunehmend im Wettbewerb der europäischen Regionen um Fachkräfte, Studierende, Touristinnen und Touristen sowie Unternehmen. Der angestrebte Imagewandel wirkt.

Siedlungssteuerung

Die detaillierte Überprüfung (Evaluierung) der landesplanerischen Vorgaben zur Siedlungsentwicklung im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) haben wir Mitte März 2022 vorgelegt. Die Steuerung einer **nachhaltigen Siedlungsentwicklung** ist notwendig, um Flächen zu sparen und eine Zersiedlung zu vermeiden sowie den emissionsreichen Verkehr auch aus Gründen des Klimaschutzes zu reduzieren.

Planungsförderung

Mit der Planungsförderrichtlinie haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass brandenburgische Kommunen bei Planungen für neue Wohnungen, wirtschaftliche Ansiedlungen, Verkehrs- und Klimaschutzprojekte **schneller Planungsrecht** erlangen können. Damit können sie Flächen effizienter nutzen. Bis Ende 2022 stellen wir 9,7 Mio. Euro für die Planungsförderung bereit. Gleichzeitig stärken wir mit der Planungsförderrichtlinie die kommunale Selbstverwaltung und entlasten die Genehmigungsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Bebauungspläne, die aus dem Flächennutzungsplan entwickelt sind, müssen nicht mehr genehmigt werden.

Stadt der Zukunft

Brandenburgs Städte sollen noch lebenswerter werden. Über die Landesinitiative **„Meine Stadt der Zukunft“** werden dafür acht Modellvorhaben bis Ende 2022 begleitet und mit über 660.000 Euro unterstützt. Für alle Brandenburger Städte werden die Arbeitsergebnisse aus den Modellstädten in themenbezogenen Fachkonferenzen weitergegeben. Zu den Themen gehören „Digitale Transformation“ und „Partizipation und Teilhabe in der Stadtentwicklung“ sowie „innerörtliche Verkehrswende“.

Smart City: Qualifizierung zur bürgernahen Verwaltung

Smart-City-Managerinnen und Manager sollen in den Kommunen den Weg zu einer bürgernahen und effizienteren Verwaltung ebnen. Dazu wurde mit der DigitalAgentur Brandenburg ein modulares Qualifizierungsprogramm geschaffen, das Kenntnisse und Fähigkeiten zur **digitalen Transformation** vermittelt. Die ersten 15 Teilnehmenden haben die Ausbildung bereits beendet. Der zweite Schulungsdurchgang beginnt im 2. Quartal 2022.

Wohnungsbauoffensive

Die große Bandbreite zwischen den stark prosperierenden und den strukturschwächeren Regionen wird durch den erstmals für Brandenburg vorgelegten **Wohnungsmarktbeobachtungsbericht 2020** abgebildet. Die Wohnungsmärkte entwickeln sich konstant gut und die Wohnungsbauoffensive zeigt Wirkung. Dabei erfolgt eine enge Abstimmung mit Berlin.

Die Wohnraumförderung wird fortlaufend evaluiert und auf aktuelle Rahmenbedingungen angepasst. Für die Wohnraumförderung wurden im Jahr 2021 aus Bundes- und Landesmitteln etwa 152 Mio. Euro bewilligt.

Per Bahn: Infrastrukturprojekt i2030

Das für die Entwicklung der Hauptstadtregion bedeutsame Infrastrukturprojekt **i2030** treiben wir weiter mit Hochdruck voran, um den Bahnverkehr auch aus Gründen des Klimaschutzes zu stärken. Dazu gehören beispielsweise:

- Im Dezember 2020 Start zur Reaktivierung der Stammstrecke der Heidekrautbahn (Wiederaufbau des Bahnhofs Berlin-Wilhelmsruh sowie die ersten 600 Meter der Stammstrecke).
- Baustart für das dringend erforderliche Kehrgleis in Königs Wusterhausen (Korridor Süd).

- Vertragsabschluss (November 2021) über die Vorentwurfsplanung in Höhe von 5,6 Mio. Euro zur Einbindung der Heidekrautbahn Stammstrecke und des Prignitz-Expresses.



Heidekrautbahn bei Klosterfelde

- Finanzierungsvereinbarungen für die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf (16,3 Mio. Euro) und für die Strecke Spandau-Nauen (23,3 Mio. Euro).
- Vertragsabschluss zur Engpassbeseitigung und Weiterentwicklung des S-Bahnnetzes (u. a. mit Hoppegarten-Strausberg und Buch-Bernau). Für die kommenden Projektplanungen stehen nach einer ersten Tranche über 32 Mio. Euro vom Februar 2021 weitere 35 Mio. Euro Landesmittel für die zweite Tranche zur Verfügung.
- Im Dezember 2021 Vertragsabschluss für die Vorplanung zur Verlängerung der S 25 Süd von Teltow Stadt nach Stahnsdorf.
- Verlängerung einiger Bahnsteige an der RE1-Strecke, um den Einsatz 6-teiliger Doppelstocktriebwagen (mehr Sitzplätze) ab Dezember 2022 zu ermöglichen.



Von West nach Ost durch Brandenburg mit dem RE1: Hier in Potsdam

Mit verschiedenen Veranstaltungsformaten werden wir zu den Projekten mit den betroffenen Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch bleiben.

Schienenpersonennahverkehr gestärkt

Die Angebotsentwicklung im Regionalverkehr ist von Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung sowie von **Taktverdichtungen** insbesondere im Wochenendverkehr geprägt. Diese wurden vorwiegend zum Beginn oder innerhalb des Jahresfahrplans 2019 umgesetzt, beispielsweise:

- FEX Berlin Hbf. – Berlin Ostkreuz – Flughafen BER Terminal im 30-Minuten Takt zum Anschluss des Flughafens BER seit Oktober 2020
- RE5 Berlin Hbf. – Wünsdorf-Waldstadt – Finsterwalde (Niederlausitz) seit Oktober 2020
- RB73 Kyritz – Kyritz-Am Bürgerpark: Mit Fertigstellung der neuen Station Verlängerung der bisher in Kyritz beginnenden/endenden Fahrten seit Dezember 2019.

2021 wurde das europaweite Vergabeverfahren zu den Netzen Nord-Süd (RE 3, 4 und 5) und Berlin-Stettin (RE 9) gestartet, um das Angebot für die Fahrgäste auch durch neue Fahrzeuge und Taktverdichtungen deutlich zu erhöhen. Die Betriebsaufnahme für beide Netze ist für 2026 vorgesehen.

Am 30. November 2021 erfolgte in Angermünde der erste Spatenstich für die Bauarbeiten an der **Ausbaustrecke** (Berlin-)Angermünde-Grenze D/PL(-Stettin). Berlin und Brandenburg beteiligen sich mit jeweils 50 Mio. Euro an der künftig durchgehenden zweigleisigen und elektrifizierten Strecke, die einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen, grenzüberschreitenden Mobilität darstellt. Bereits 2025 – statt 2026 wie ursprünglich geplant – sollen die ersten Züge mit Tempo 160 fahren. Die Fahrzeit Berlin-Stettin

halbiert sich damit fast auf künftig etwa 90 Minuten.

Bei Küstrin haben im November 2021 die Bauarbeiten für die neue **Oder-Bahnbrücke** begonnen.



Baustart Ausbau Bahnlinie Angermünde – Stettin

Leistungsfähiges Straßennetz

Ob Ortsdurchfahrten, Ortsumfahrungen oder Brücken – Brandenburg investiert sichtbar in die Straßeninfrastruktur. Zur Sicherung der Mobilität in allen Landesteilen sowie zur Verbesserung eines **leistungsfähigen Straßennetzes** haben wir 2020 / 2021 knapp 270 Maßnahmen weitergeführt, fertiggestellt oder baulich vorbereitet. Im Jahr 2021 wurden 126 Mio. Euro in den Erhalt und den Ausbau von Bundesstraßen, 202 Mio. Euro in Landesstraßen und 40 Mio. Euro in den kommunalen Straßenbau investiert bzw. gefördert.

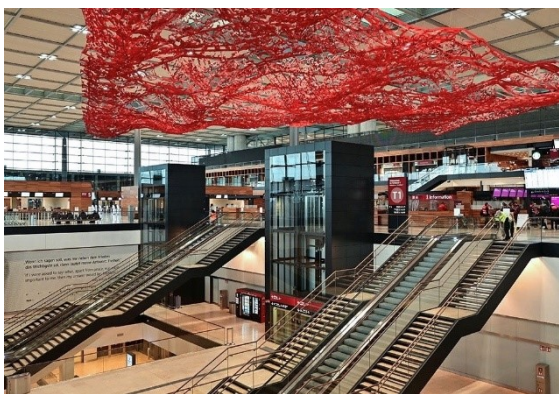
Unter anderem konnten wir den acht-streifigen Ausbau des am stärksten befahrenen Abschnitts der A 10 zwischen den Autobahndreiecken Potsdam und Nuthetal sowie wichtige Ortsumfahrungen und Durchfahrten abschließen (so z. B. Elsterwerda, Wandlitz, Eggersdorf und Eichwerder und Niederlehme). Das Gesamtbudget für 2022 liegt für Straßen- und Radwegebau bei **373 Mio. Euro** und damit über dem Niveau des Vorjahres.

Wirtschaftsmotor BER

Der im Oktober 2020 eröffnete Flughafen BER „**Willy Brandt**“ trägt maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region und zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze bei. Allein bei der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) arbeiten mehr als 2.000 Menschen. Und schon lange vor der Eröffnung des BER wurden zahlreiche Ansiedlungs- und Expansionsprojekte in dessen Umfeld umgesetzt.

In den vergangenen zehn Jahren sind dort rund **40.000 neue Arbeitsplätze** entstanden. Damit ist die Flughafenregion die Nummer 1 bei Ansiedlungen in Brandenburg. Sie ist ein Hotspot für Wachstum und Innovation in Ostdeutschland.

Wir wirken gemeinsam mit den Mitgesellchaftern Berlin und Bund intensiv daran mit, die durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in besonderem Maße beeinträchtigte Luftfahrt in der Hauptstadtregion zu stärken und die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH nachhaltig in eine unternehmerisch erfolgreiche Zukunft zu begleiten. Ein zentraler Aspekt beim BER bleibt der angemessene Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner im Flughafenumfeld vor Fluglärm.



BER „Willy Brandt“ Terminal 1

Demokratie und Zusammenhalt stärken!

Die **Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg** hat in ei-

nem intensiven fachlichen Austausch das Konzept „Unser Brandenburg: starke Demokratie, starker Zusammenhalt“ erarbeitet. Dieses Konzept zur Demokratiestärkung bündelt Ansätze und Potenziale zur Förderung demokratischer Prozesse sowie politischer und sozialer Teilhabe.

Dazu werden im Jahr 2022 landesweit lokale Demokratiekonferenzen durchgeführt, um die lokale Zivilgesellschaft mit dem Beratungsnetzwerk des Toleranten Brandenburg zu vernetzen und sie dabei zu unterstützen, vor Ort mehr Teilhabemöglichkeiten zu schaffen.



Klaren Bekenntnis: Kein Platz für Rassismus

Unterstützung Lokaljournalismus

Das in 2021 erstmals aufgelegte Förderprogramm für **lokale Rundfunk- und Internetangebote** geht 2022 in die nächste Runde. Dafür hat das Land erneut eine Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Ziel der Förderung ist es, Defizite in der lokalen Informationsversorgung vor Ort zu beheben, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und für die Teilnahme an demokratischen Prozessen zu werben. Damit ist Brandenburg Vorreiter in ganz Deutschland.

Im Förderzeitraum vom 1. Januar 2022 bis 31. März 2023 fördert die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) **32 lokaljournalistische Projekte**. Dabei sind wieder alle Mediengattungen abgedeckt. In elf Landkreisen sowie

zwei kreisfreien Städten wird es neue lokaljournalistische Angebote geben – von Podcasts, über Newsletter, TV-Magazine, Web Stories und Reportagen bis zu Talk- und Interviewformaten.

Ehrenamt und freiwilliges Engagement: „Gestaltungskraft für das Gemeinwohl“

Mehr als 800.000 Menschen in Brandenburg engagieren sich freiwillig. Ihr **ehrenamtlicher Einsatz** gestaltet Brandenburg und fördert das Gemeinwohl. Das hat sich gerade in der Zeit der Pandemie gezeigt. Wir unterstützen das Ehrenamt mit der Förderung von Trägern und Infrastrukturen. Zusammen mit unseren Partnern geben wir dem Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement und Anerkennungskultur neuen Schwung.

Die Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen haben wir für die gesamte Legislaturperiode auf stabile Füße gestellt und damit Planungssicherheit geschaffen. Zum Jahresbeginn 2022 erfolgte der Startschuss für den Ideen-Wettbewerb „Zukunft Ehrenamt“. Die gemeinsame **Ehrenamtskarte** Berlin-Brandenburg ist mit neuen Partnern noch attraktiver geworden. Rund 3.000 Ehrenamtliche in Brandenburg kommen derzeit in den Genuss vieler Vorteile.



3.000 mal vergeben: Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg

Brandenburg ist und bleibt weltoffen!

Mit einem großen zivilgesellschaftlichen und kommunalen Engagement werden seit Ende Februar 2022 **Geflüchtete aus der Ukraine** aufgenommen. Großer Dank gilt den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die Hand in Hand mit den professionellen Strukturen Großartiges leisten. Bisher (04. April 2022) haben etwa **19.000 Kinder, Frauen und Männer** in Brandenburg Zuflucht gefunden. Die Landesregierung unterstützt hierbei logistisch, sozial und finanziell.



Solidaritäts- und Spendenkonzert für die Ukraine am 9. März 2022 im Potsdamer Nikolaissaal

Frankfurt (Oder) meistert derzeit besondere Belastungen, da am dortigen Bahnhof viele Züge mit **Kriegsflüchtlingen** ankommen beziehungsweise durchreisen. Zudem leisten Cottbus mit dem dortigen Drehkreuz sowie viele andere Städte und Kommunen in Brandenburg einen wichtigen Beitrag bei der Bewältigung der Fluchtbewegung.

Wir wollen möglichst vielen Kindern und Jugendlichen, die als Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach Brandenburg kommen, die Möglichkeit bieten, Kitas bzw. Schulen zu besuchen. Bereits 265 von ihnen sind in Brandenburger Schulen (**Vorbereitungsgruppen** und Regelklassen) aufgenommen worden (Stand 4. April). Ukrainische Lehrkräfte werden für den Schulunterricht in Brandenburg eingestellt. Hierzu wurden bereits Bewerbungsgespräche geführt und erste Einstellungen vorbereitet.

Mit dem für diese Legislatur aufgestellten **Landesaufnahmeprogramm Jordanien** übernehmen wir durch die jährliche Aufnahme von 200 Geflüchteten auch weiterhin humanitäre Verantwortung, bieten besonders schutzbedürftigen Menschen eine Perspektive und leisten einen Beitrag zur globalen Verantwortungsteilung und Solidarität.

Zur Unterstützung eines kontinuierlichen Angebots an zielgruppenspezifischer **Migrationssozialarbeit** erhalten die Landkreise und kreisfreien Städten bis zum 31. Dezember 2024 eine freiwillige Erstattungsleistung des Landes für die Migrationssozialarbeit. Für 2022 sind rund neun Mio. Euro vorgesehen. Durch die Landeszuwendungen in Höhe von 6,23 Mio. Euro nach der neuen Förderrichtlinie Integrationsbudget ermöglichen wir die Integrationsunterstützung für weitere drei Jahre.

Wir leisten einen Beitrag zur Verbesserung von Qualität und Fairness des **Asylverfahrens**

durch die Fortführung der unabhängigen Rechtsmittelberatung in der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH Eisenhüttenstadt). Wir halten an allen Standorten der Erstaufnahmeeinrichtung umfangreiche Beschäftigungsangebote vor. Durch eine enge Kooperation mit ehrenamtlichen Organisationen und vor Ort ansässigen Vereinen schaffen wir für angekommene Schutzsuchende auch außerhalb unserer Einrichtungen Angebote am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Wir fördern eine selbstbestimmte Rückkehr für Menschen ohne Bleiberecht, die unser Land verlassen müssen. Die **freiwillige Ausreise** hat für uns Vorrang vor der Abschiebung, die stets nur Ultima Ratio sein kann. Aus diesem Grund unterstützen wir ausreisewillige ausländische Personen mit einem eigenen Landesförderprogramm bei der Organisation und Finanzierung ihrer Ausreise in ihr Herkunftsland oder in einen aufnahmebereiten Drittstaat.

2. Durchstarten nach Corona: Gesellschaft und Wirtschaft stärken

Corona-Pandemie und ihre Folgen

Seit März 2020 erkrankten bis Ende März 2022 mehr als 665.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger an **Covid-19**. Mehr als 5.380 Todesfälle sind zu beklagen. Die Landesregierung bündelt, analysiert und bewertet alle relevanten Informationen zur Corona-Pandemie und koordiniert die erforderlichen Maßnahmen in einer interministeriellen Stabsstruktur.

Bisher sind mindestens 69 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. 51,6 Prozent haben eine Auffrischung erhalten. Weiterhin setzt die Landesregierung alles daran, dass sich diese



Mobiles Impf-Team des Ernst von Bergmann Klinikums in Götz

Quote erhöht, da **Impfen** vor schweren Erkrankungen in der Regel schützt. Mit der jüngsten Corona-Verordnung wurden aufgrund der Vorgaben des neuen Bundesrechts zum 3. April fast alle Einschränkungen aufgehoben. Die Pande-

mie ist aber noch nicht vorbei. Trotz der deutlichen Lockerungen sind alle dringend aufgefordert, sich weiter besonnen und rücksichtsvoll zu verhalten.

Wir werden auch weiterhin die **Infektionsschutzmaßnahmen** angemessen umsetzen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und zugleich die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben so gering wie möglich zu halten. Die Bewältigung der pandemischen Herausforderungen kann nur in enger Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure (Kommunen, kommunale Spitzenverbänden, Ärzteschaft, Hilfsorganisationen, Bundeswehr und viele weitere Partner) und in länderübergreifender Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgen.



Corona Schutzimpfung: Unterstützung durch die Bundeswehr

Die Corona-Pandemie hat uns alle, insbesondere den gesamten medizinischen und pflegerischen Bereich und die Gesundheitsämter, während der vergangenen beiden Jahre immens belastet. All diesen Kräften und allen Bürgerinnen und Bürgern gebührt ein besonderer **Dank** für die bisherige Pandemie-Bewältigung und den unschätzbaren persönlichen Einsatz. Eine große Unterstützung war auch der Einsatz von Kräften der Bundeswehr. Polizei, Feuerwehren und Rettungskräfte waren während der vergangenen zwei Jahre noch stärker gefordert als sonst und haben die zusätzlichen Aufgaben professionell gemeistert.

Solide Haushaltspolitik: Abfedern der Pandemie-Folgen

Ebenso wie andere Politikfelder ist auch die **Haushalts- und Finanzpolitik** des Landes seit 2020 besonders stark durch die Folgen der Corona-Pandemie geprägt. Insgesamt wurden bzw. sind bis zu rund **4,9 Mrd. Euro** für vielfältige Pandemie-Bekämpfungs- und Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt. Darunter für den Kommunalen Rettungsschirm (580 Mio. Euro) sowie die Errichtung des Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ mit geplanten Maßnahmen im Haushaltsjahr 2022 im Volumen von 827 Mio. Euro.

Zugleich konnten mit dem Nachtragshaushalt 2020 (rund 14,8 Mrd. Euro) sowie den Haushalten 2021 und 2022 (rund 16,0 Mrd. Euro bzw. 15,2 Mrd. Euro) zahlreiche Maßnahmen und Projekte aus dem Koalitionsvertrag weiter vorangebracht werden. Die notwendige Nettoneuverschuldung soll schon mit dem Landeshaushalt 2022 gegenüber dem Vorjahr um über 90 Prozent zurückgeführt werden. Die finanzpolitische Leitlinie ist und bleibt gleichwohl, nicht gegen die Krise anzusparsen, **robuste Investitionsquoten** zu erzielen und Brandenburg auf diesem Weg trotz Corona und seinen Folgen fit zu machen für die Zukunft.

Öffentlicher Gesundheitsdienst: Unverzichtbar!

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), dazu zählen insbesondere die kommunalen Gesundheitsämter, ist eine unverzichtbare Säule unseres Gesundheitswesens. Das hat nicht zuletzt die Bekämpfung der Corona-Pandemie gezeigt. Bund und Länder haben mit dem „**Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst**“ vereinbart, den ÖGD personell zu stärken und zu modernisieren. In der ersten Tranche erhielt Brandenburg 6,1 Mio. Euro für das Jahr 2021. Damit konnten 62 Stellen geschaffen werden. Für die

Jahre 2022 bis 2026 wird eine Folgevereinbarung erarbeitet, die sich am Leitbild eines modernen ÖGD orientiert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Dafür haben Brandenburgs Gesundheitsämter in den Jahren 2020/2021 insgesamt 1,5 Mio. Euro erhalten. Weitere Digitalisierungsprojekte werden noch in 2022 auf den Weg gebracht.

Unterstützung für die Wirtschaft

Seit Beginn der Corona-Pandemie wird die brandenburgische Wirtschaft von Bund und Land unterstützt. Bislang hat sie mehr als **1,5 Mrd. Euro** an direkten Hilfen zur Bewältigung der Pandemie erhalten. Mit Zuschussprogrammen (Soforthilfe, Überbrückungshilfen, Neustarthilfen, Härtefallfonds) werden vor allem Kleinunternehmen und Soloselbständige, aber auch Unternehmen in besonders betroffenen Branchen (Einzelhandel, Veranstaltungswirtschaft, Hotel- und Gastronomiebereich u. a.) unterstützt. Mit den Hilfen sollen wirtschaftliche Notlagen möglichst vermieden sowie wichtige betriebliche Investitionen, wie z. B. in Hygiene- und Digitalisierungsmaßnahmen, getätigt werden.

Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche

Pandemiebedingte Einschränkungen haben insbesondere Kindern und Jugendlichen Enormes abverlangt. Mit dem Aktionsprogramm von Bund und Ländern „**Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche**“ wollen wir pandemiebedingte Lernrückstände abbauen und die sozialen Kompetenzen stärken.

Der Bund beteiligt sich mit 38,7 Mio. Euro, das Land mit 30 Mio. Euro aus dem Corona-Rettungsschirm. In der ersten Stufe standen den Brandenburger Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft bis zum 30. November 2021 jeweils einmalig bis zu 3.000 Euro für Maßnahmen zur Förderung des sozialen Miteinanders zur

Verfügung. 665 Schulen (73,3 Prozent) haben davon Gebrauch gemacht. In den vergangenen beiden Corona-Jahren haben wir 156,6 Mio. Euro für Kinder und Jugendliche investiert, um z. B. in der Pandemie Schulen und Kitas zu sicheren Orten zu machen. Dazu gehören:

- mehr als 50 Mio. Euro für Tests
- mehr als 50 Mio. Euro für die Erstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte aufgrund ausgefallener Kita-Elternbeiträge,
- knapp 2 Mio. Euro für pädagogische Angebote in den Sommer- und Herbstferien 2021,
- 5,3 Mio. Euro in 2020 und 2021 für das Vertretungsbudget,
- knapp 6 Mio. Euro in 2020 und 2021 zur Überwindung pandemiebedingter existenzgefährdeter Notlagen gemeinnütziger Vereine und Einrichtungen der Jugendarbeit, der Weiterbildung, der Kinder- und Jugendberufshilfe und des Sports,
- knapp 2 Mio. Euro für Schutzkonzepte und Hygienemaßnahmen,
- rund 3 Mio. Euro für zusätzliches Personal für die Notbetreuung in den Klassenstufen 1 bis 4 im Frühjahr 2021,
- rund 4,2 Mio. Euro finanzielle Hilfen in Folge von Absagen oder Stornierungen von Schulfahrten.

Corona-Hilfen für die Kultur

Für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur des Landes und zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie haben wir in 2020 und 2021 mit jeweils insgesamt rund 100 Mio. Euro die institutionelle Kulturförderung, die allgemeine Projektförderung und die genrespezifischen Förderprogramme fortgeführt. Hinzu kamen verschiedene Sonderprogramme wie die **Corona-Kulturhilfe**, die Mikrostipendien für freiberufliche Kunstschaffende, die Kofinanzierung von Bundesprogrammen (u.a. Neustart.Kultur) und das

Förderprogramm „Unterstützung Lokaljournalismus in der Corona-Krise“.

Mit dem Programm zur **Digitalisierung in Kultureinrichtungen** für eine zukunftssichere Erholung nach Corona haben wir die digitale Infrastruktur im Kulturbereich deutlich ausgebaut. Dafür stehen rund elf Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung, die der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie (REACT-EU) dient.

Corona-Soforthilfe für Landwirtschaft

Für Brandenburgs durch die Corona-Pandemie in Existenznot geratene Betriebe der **Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie des Gartenbaus** wurde eine eigene Förderrichtlinie

ergänzend zum Bundesprogramm aufgelegt. Im Rahmen des „Corona-Soforthilfe-Programms“ wurden 5,84 Mio. an 473 Antragsteller ausgezahlt.

Rettungsschirm für die Brandenburger ÖPNV-Unternehmen

Zur Stabilisierung des ÖPNV in der Corona-Krise wurden in den Jahren 2020 und 2021 rund 69,6 Mio. Euro Landesmittel im Rahmen des **ÖPNV-Rettungsschirms** an die Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger ausgezahlt. Wie bereits in den Jahren 2020 und 2021 will sich der Bund auch in 2022 an der Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms durch eine Aufstockung der Regionalisierungsmittel beteiligen. Diese werden um den gleichen Anteil an Landesmitteln ergänzt.

3. Digitalisierung für alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche

Digitale und mobile Infrastrukturen (Glasfaser- und Mobilfunkausbau)

Eine gute Infrastruktur und eine **flächendeckende Breitbandversorgung** sind die Voraussetzungen für ein modern aufgestelltes und wirtschaftlich starkes Brandenburg. Wir unterstützen mit einer anteiligen Finanzierung in Höhe von insgesamt bis zu 360 Mio. Euro brandenburgische Gebietskörperschaften beim Glasfaserausbau im Rahmen des Bundesprogramms („Weiße-Flecken-Förderung“).

Bis zum Stichtag 31. Dezember 2021 haben sich 14 brandenburgische Landkreise und drei kreisfreie Städte (Brandenburg a. d. H., Cottbus und Frankfurt (Oder)) mit **37 Ausbauprojekten** beteiligt. Nach bisherigen Planungen soll für den Ausbau im Land Brandenburg bis 2025 insgesamt rund eine Milliarde Euro investiert werden.

Wir arbeiten eng mit dem Bund bzw. der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) zusammen, um die **Mobilfunkinfrastruktur** auszubauen und weiße Flecken zu schließen. Landeseigene Flächen sollen für Errichtung und Betrieb von Mobilfunkstationen den Telekommunikationsunternehmen einfacher überlassen werden.



Breitbandausbau im ganzen Land: Lange Kabel für schnelle Leitung

Umfassende und integrierte Digitalpolitik

Wir haben der Digitalpolitik im Land in den letzten zweieinhalb Jahren einen wesentlichen Schub verliehen: Alle Ressorts und die Staatskanzlei haben zwischen 2020 und 2021 eigene

Digitalisierungsstrategien erarbeitet, die die Grundlage für die Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie zum **Digitalprogramm 2025 (#dp25)** bilden.

Mit #dp25 haben wir uns einen umsetzungsorientierten und ressortübergreifenden Kompass für die digitale Entwicklung des Landes gegeben. In acht Maßnahmenbündeln fasst #dp25 Digitalisierungsprojekte zusammen, wie etwa die Digitalisierung der Gesundheitsämter, die Schaffung von Smart Cities, den Aufbau des digitalen Leitkrankenhauses in Cottbus und digitaler Versorgungstechnologien, der Weiterentwicklung der SchulCloud und der digitalen Pädagogik, die Digitalisierung des kulturellen Erbes, die IT-gestützte Waldbrandfrüherkennung oder die Förderung von Innovations- und Kompetenzzentren zur Digitalisierung der Wirtschaft in Brandenburg.

Ein Ende 2020 in Auftrag gegebenes Gutachten untersuchte vor dem Hintergrund der Pandemie die **digitale Resilienz** (Widerstandsfähigkeit) des Landes und zeigte Erfolge sowie Handlungsbedarfe auf.

Über die DigitalAgentur Brandenburg konnten wir seit Mai 2020 insgesamt 87 Projekte zur Unterstützung der Digitalisierung der Kommunen abschließen.

OZG-Umsetzung/ eGovernment

Die Pandemie und die Vorgaben aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) haben als Katalysatoren zur Beschleunigung der Digitalisierung von Genehmigungsverfahren gewirkt. Mit der Strategie „**Verwaltung. Einfach. Online**“ haben wir einen reformierten strategischen Rahmen vorgelegt. Er liefert die Grundlage für eine digitale und medienbruchfreie Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Behörden und ist damit eine wichtige Orientierung bei der Modernisierung

der gesamten Landesverwaltung. Jeder Verwaltungsleistung wurde eine klare Ressort-Verantwortung zugeordnet und ein neues Monitoring-system macht den Fortschritt messbar und transparent machen. Über das neu aufgesetzte Landesserviceportal liefern wir ein modernes Tool, um die Suche nach Adressen, Informationen und Verwaltungsleistungen der Behörden wesentlich zu vereinfachen.

Digitalisierung für kommunale Parlamente

Die Corona-Pandemie machte den regulären Sitzungsbetrieb in den kommunalen Parlamenten zeitweise fast unmöglich. In Brandenburg haben wir darauf schnell reagiert und als erstes Bundesland Ausnahmeregelungen geschaffen. Als Ersatz für die eigentlich vorgeschriebenen Präsenzsitzungen konnten die kommunalen Parlamente dadurch auch **digital tagen**.

Aus der anfänglich Not haben wir mittlerweile eine Tugend gemacht. Durch umfassende Änderungen der Kommunalverfassung können jetzt immer sogenannte **Hybridsitzungen** durchgeführt werden. Damit haben wir die Flexibilität der kommunalen Parlamente erhöht und verbessern die Vereinbarkeit eines kommunalen Ehrenamtes mit Beruf und Familie.

Digitale Schule

Digitale Medien sind ein Schlüssel zu Chancengleichheit, qualitativ hochwertiger Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Die **Digitalisierung der Bildungslandschaft** ist daher ein zentrales Anliegen. Mit einem landeseigenen Förderprogramm investieren wir 23 Mio. Euro, damit Schülerinnen und Schüler schulgebundene digitale mobile Endgeräte erhalten. Die Beschaffung durch die Schulträger soll bis Ende 2022 abgeschlossen sein.

Das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte mit Schwerpunkt digitale Unterrichtsentwicklung

(Medienbildung/Digitalisierung) wurde deutlich ausgebaut. Seit 1. August 2021 steht Lehrkräften die Fortbildungsplattform Lernen.cloud des Hasso-Plattner-Instituts zur Verfügung. Kurzfristig erfolgt die Einrichtung eines landeseigenen „Brandenburg-Channels“ mit Angeboten, die speziell auf die Bedarfe der Brandenburger Lehrkräfte ausgerichtet sind.



Digitales Lernen: Computer an der Schule

Die **Schul-Cloud** Brandenburg ist am 1. August 2021 in den Regelbetrieb übergegangen und wurde Schulen flächendeckend zur Verfügung gestellt. Derzeit wird sie von 700 Schulen, davon 628 in öffentlicher Trägerschaft, genutzt (Stichtag 25. März 2022). Zum 1. August 2020 waren

es erst 464 Schulen. Damit hat die Pandemie den Einsatz der Schul-Cloud deutlich vorangebracht. Das Angebot der Lehr- und Lernplattform umfasst eine einfach zu nutzende Lernpfadgestaltung in einer Mischung aus Aufgaben, Lerninhalten, Textkarten, Tools und Dateien.

Kultur fit für die Digitalisierung

Das neue Programm zur Förderung des Digitalen Wandels von Kultureinrichtungen im Land Brandenburg (**DIWA**) unterstützt in den Jahren 2021 und 2022 mit fast einer Mio. Euro Kultureinrichtungen bei der Bewältigung und Mitgestaltung des digitalen Wandels. Es ermöglicht Kultureinrichtungen, die Erfahrungen und vielen digitalen ad-hoc Angebote aus der Corona-Zeit zu professionalisieren und sich für die Zukunft strategisch digital weiterzuentwickeln.

Die Förderung der Digitalisierung des kulturellen Erbes haben wir mit jährlich 250.000 Euro mehr als verdoppelt und sichern damit, dass das kulturelle Erbe des Landes auch digital bewahrt und erlebbar wird.



Polizeianwärterinnen und –anwärter an der Hochschule der Polizei in Oranienburg

B. SICHERHEIT

Zwei Seiten einer Medaille: Starker Staat und soziale Sicherheit gehören zusammen. Es geht um die innere, soziale und wirtschaftliche Sicherheit Brandenburgs. Dafür wird auf vielen Themenfeldern gearbeitet.

1. Polizei und Justiz: Sicherheit und Verlässlichkeit

Pakt für den Rechtsstaat in der Justiz

Nach Jahren personeller Überlastung mit der Folge hoher Altbestände an den Gerichten und langer Verfahrenszeiten wurde die Justiz in den vergangenen zweieinhalb Jahren **personell erheblich gestärkt**.

Insgesamt haben wir in dieser Legislatur bereits 77 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte und 109 Stellen in den nichtrichterlichen Folgediensten geschaffen. Im selben Zeitraum konnten 183 Richter und Staatsanwälte sowie knapp 300 Beschäftigte in den Folgediensten neu eingestellt werden.



Justizzentrum Potsdam

Der Personalaufwuchs der Polizei wurde und wird kontinuierlich fortgesetzt. Geplant sind

8.500 Stellen. Seit Beginn der Legislatur konnten bisher 82 neue Stellen geschaffen werden, wodurch die Stellenausstattung der Polizei auf aktuell 8.378 gesteigert wurde. Jedes Jahr werden **400 Polizeianwärterinnen** und -anwärter eingestellt. Im Oktober 2020 startete der neue Masterstudiengang Kriminalistik mit 21 Teilnehmenden an der Polizeihochschule in Oranienburg.



Ernennung und Urkunden für den Polizeinachwuchs

Polizei und Justiz modernisieren und digitalisieren

Wir beteiligen uns an der Schaffung einer gemeinsamen, modernen und einheitlichen Informationsarchitektur für die Polizei von Bund und Ländern. Heterogene Systeme mit eigenen Datenhaltungen werden durch moderne Services abgelöst, die auf einer Plattform betrieben werden.

Auch bei der Modernisierung und **Digitalisierung der Justiz** gab es in den vergangenen zweieinhalb Jahren maßgebliche Fortschritte:

Im Wesentlichen abgeschlossen ist der Aufbau des Zentralen IT-Dienstleisters der Justiz (**ZenIT**), der als zentrale IT-Organisation ca. 75 Behörden bzw. Gerichte und ca. 5.500 Anwender betreut. Dadurch konnten wir den Betrieb der Informationstechnik für den größten Geschäftsbereich der Ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie für die Verwaltungsgerichte und den Justizvollzug

im ZenIT zentralisieren. Die Übernahme der Betriebsleistungen für die übrigen Bereiche erfolgt im Jahr 2022.

Weitere Fortschritte sind auch bei der Einführung der **elektronischen Akte** erreicht. Nachdem Pilotprojekte in Zivil-, Handels- und Familiensachen bei den Landgerichten Frankfurt (Oder) und Neuruppin sowie den Amtsgerichten Brandenburg an der Havel und Strausberg erfolgreich umgesetzt wurden, ist für 2022 die Einführung der elektronischen Akte beim Brandenburgischen Oberlandesgericht, den Landgerichten Potsdam und Cottbus – und damit bei allen Landgerichten – sowie bei fast allen größeren Amtsgerichten geplant.

Im Rahmen des Projekts „**Innovative Sitzungssaalausstattung**“ werden moderne Medientechniken und Videokonferenzenanlagen in allen Gerichten installiert. Bis zum Jahr 2025 stehen hierfür 3,1 Mio. Euro zur Verfügung. Am Landgericht Neuruppin wurden bereits sechs Sitzungssäle vollständig mit Medientechnik und festen Videokonferenzenanlagen eingerichtet.

Reform der Arbeitsgerichtsbarkeit

In der Arbeitsgerichtsbarkeit wurde eine wichtige Strukturreform zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Arbeitsgerichte eingeleitet. Da sich einige Arbeitsgerichte zu Kleinstgerichten entwickeln, war die Reform erforderlich, um die **Funktionsfähigkeit der Arbeitsgerichte** zu sichern. Das führt zu einer Neustrukturierung mit künftig vier statt bislang sechs Arbeitsgerichtsbezirken mit Standorten in Brandenburg an der Havel, Neuruppin, Cottbus und Frankfurt (Oder) mit einer Außenkammer in Eberswalde.

Um die Präsenz der Arbeitsgerichtsbarkeit in der Fläche und deren gute Erreichbarkeit zu sichern, werden in Potsdam und Senftenberg Gerichtstage und Rechtsantragsstellen in örtlichen Ge-

richtsgebäuden eingerichtet. Weitere Gerichtstage sind in Luckenwalde und Perleberg geplant. Die Reform wird zum 1. Januar 2023 wirksam.

Mehr Sicherheit im Justizvollzug

Zur Stärkung der Sicherheit im Justizvollzug wurde in dieser Legislatur ein neues Sicherheitskonzept in Kraft gesetzt. Die **Sicherheitsarchitektur** in den Justizvollzugsanstalten wird den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Ein Kernpunkt ist die Stärkung besonders geschulter Einsatzgruppen, deren Ausbildung und Ausrüstung - auch durch Wiederausstattung mit Hieb- und Stichwaffen - verbessert wird. Weitere Schwerpunkte sind die Schaffung von Sicherheitsstationen für gefährliche und gewaltbereite Gefangene sowie die Bekämpfung des Drogenkonsums und der illegalen Nutzung von Mobilfunkgeräten.

Zukunftskonferenz Justiz

Mit der Zukunftskonferenz Justiz wurde ein Kernvorhaben aus dem Koalitionsvertrag zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit, Leistungsstärke und Bürgernähe der brandenburgischen Justiz umgesetzt. Mit dieser Ideenwerkstatt werden Maßnahmen zur Bewältigung anstehender Herausforderungen für die brandenburgische Justiz entwickelt. Arbeitsgruppen erarbeiten derzeit Vorschläge zu den wichtigsten Themenkomplexen zur **Justiz der Zukunft**.



Zukunftskonferenz Justiz

Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Umwelt und Gesundheitswesen

Um den Kampf gegen besonders gravierende Umweltstraftaten zu verstärken, wurde im Juli

2020 die Zuständigkeit der für die Bekämpfung der schweren Wirtschaftskriminalität zuständigen Schwerpunktstaatsanwaltschaft Potsdam um den Bereich der **schweren Umweltkriminalität** erweitert (so z. B. schwerwiegende Verstöße gegen das Bundesnaturschutzgesetz oder großangelegte illegale Abfallentsorgung). Mit der Errichtung dieser landesweit zuständigen Schwerpunktstaatsanwaltschaft nimmt die brandenburgische Justiz bundesweit eine Vorreiterrolle ein.



Schwere Umweltkriminalität

Im Juni 2021 haben wir die Zuständigkeit dieser Schwerpunktstaatsanwaltschaft zudem um den Bereich der besonders schweren **Straftaten im Gesundheitswesen** erweitert. Eine solche Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Bereich des Arzneimittelstrafrechts gibt es außer in Brandenburg nur noch in Mecklenburg-Vorpommern.

Moderner Brand- und Katastrophenschutz

Die Modernisierung des **Brand- und Katastrophenschutzes** wird konsequent vorangetrieben. Mit über 30 Mio. Euro haben wir Investitionen in Feuerwehrgerätehäuser und Regionalleitstellen, sowie die Anschaffung von mehr als 60 neuen Fahrzeugen und fünf Hochleistungspumpensystemen zur Waldbrandbekämpfung gefördert. Für 350 verschiedene Projekte zur Nachwuchsgewinnung für die Freiwilligen Feuerwehren wurden knapp zwei Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Brandenburg verfügt über rund **2.600 Sirenen**. Um im Katastrophenfall die Bevölkerung flächendeckend warnen zu können, investieren wir eine Mio. Euro in notwendige Erneuerungen und unterstützen den zusätzlichen Bau von über 100 neuen Sirenen durch den Bund.



Neue Löschfahrzeuge für Brandenburgs Wehren

Zusammen gegen Hasskriminalität

Wir haben als erstes Bundesland einen klaren Maßnahmenplan im **Kampf gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität** beschlossen. Die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft engagieren sich dabei gemeinsam, um Bedrohungen unserer Demokratie in der digitalen und analogen Welt gleichermaßen entgegenzutreten. In den letzten Jahren ist eine stark ansteigende Verlagerung von Aktivitäten extremistischer Akteure in das Internet, insbesondere in soziale Medien, zu verzeichnen. Daher ist die Informationsgewinnung und Analyse von Daten aus dem Internet ein essentieller Aufgabenschwerpunkt im Kampf gegen extremistische Bestrebungen.

Zur Intensivierung der Aufklärung cyberextremistischer Aktivitäten wurde beim **Verfassungsschutz** für den Bereich der Vorfeldaufklärung ein eigenes Referat eingerichtet. Auch im Polizeipräsidium haben wir zusätzliche Kompetenzen gebündelt, um gezielt gegen Hass und Gewalt im Internet vorzugehen können und gewaltorientierte Personen frühzeitig erkennen zu können.

Konkret wird dazu auch bei der **Justiz** gehandelt: Mit der Einrichtung einer **Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität** im Juli 2021 haben wir den Kampf gegen politisch motivierte Straftaten in Form von Hate-Speech und Hassgewalt weiter verstärkt. Die bei der Generalstaatsanwaltschaft angesiedelte Zentralstelle gewährleistet eine effektive Zusammenarbeit mit den verschiedenen Bundes- und Landesbehörden. Des Weiteren soll sie den Informationsaustausch mit zivilgesellschaftlichen Institutionen pflegen. In besonders herausragenden Fällen übernimmt die Zentralstelle unmittelbar die Ermittlungen.

Kommunalpolitik: Engagierte schützen

Besonders Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden immer wieder Opfer von Hass und Gewalt in der digitalen und analogen Welt. Daher wurde die landesweite Studie „Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsträgern vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt“ (**Kommunalstudie Brandenburg**) in Auftrag gegeben und Anfang April 2022 vorgestellt. Wissenschaftlich erfasst wird die Betroffenheit und das Ausmaß von Angriffen gegen kommunale Amts- und Mandatspersonen. Aus den durch Befragungen und Interviews gewonnenen Daten leiten wir konkrete Schutz- und Bewältigungskonzepte ab. Zentrale Ansprechpartner sollen für Betroffene schnelle Hilfe organisieren. Mit umfassenden Beratungs- und Weiterbildungsangeboten wollen wir Übergriffen und Einschüchterungen aktiv entgegenreten.

Extremisten beim Ausstieg unterstützen

Das behördliche Programm zum Ausstieg aus dem Extremismus stellt einen wesentlichen Baustein im **Kampf gegen den Extremismus** in Brandenburg dar. Damit soll Extremisten unter professioneller Begleitung eine Rückkehr in das demokratische Gemeinwesen ermöglicht werden.

Der Verfassungsschutz bietet durch Bündelung von phänomenübergreifendem Wissen eine optimale Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Aussteigersarbeit. Erste konzeptionelle Arbeiten für ein landeseigenes Aussteigerprogramm wurden bereits abgeschlossen. Im Jahr 2022 erfolgt die Implementierung des Vorhabens.

Kontaktaufnahme mit dem Verfassungsschutz erleichtern

Für eine effektive Erkennung extremistischer Aktivitäten ist der brandenburgische Verfassungsschutz auf Hinweise aus allen Bereichen der Gesellschaft angewiesen. Seit 4. August 2020 besteht ein **Hinweistelefon**. Bürgerinnen und Bürger erhalten so die Möglichkeit, vertraulich mit dem Verfassungsschutz in Kontakt zu treten, sie können anonym Hinweise geben oder Fragen stellen. Bisher kann ein sehr positives Fazit gezogen werden. Sowohl Privatpersonen als auch Behörden nutzen diese Möglichkeit; einzelne Hinweise erbrachten wichtige Erkenntnisse.

0. Wir stärken Bildung und unterstützen Familien, damit die Kinder in unserem Land auch künftig sicher und gesund aufwachsen können

Kita-Betreuungsschlüssel weiter verbessert

Mehr Fachkräfte in den Kitas verbessern die Bildungs- und **Betreuungsqualität der Kinder**. Deshalb haben wir mit dem Ersten Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der Kinder- und Jugendhilfe zum 1. August 2020 die Personalbemessung im Kindergartenbereich (3-jährige bis zur Einschulung) von 1:11 auf 1:10 verbessert. Mit dem Zweiten Gesetz wurde ein weiterer Schritt unternommen: Zum 1. August 2022 wird die Personalbemessung im Kinderkrippenbereich in einem ersten Schritt von 1:5 auf 1:4,65 angehoben. Insgesamt werden dafür

Nein zu Gewalt an Frauen

„Istanbul goes Brandenburg“ – unter diesem Motto erarbeitet die Landesregierung eine Landesstrategie für Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen und Mädchen sowie häusliche Gewalt im Sinne der **Istanbul-Konvention**. Der hohen Gewaltbetroffenheit von Frauen werden wir als strukturellem Problem ressortübergreifend und gesamtgesellschaftlich begegnen.

Wir erarbeiten den künftigen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder als einen menschenrechtsbasierten, ressortübergreifenden und effektiven Ansatz für Prävention, Opferschutz, Unterstützung für Betroffene und Strafverfolgung im Land Brandenburg. Ein Gutachten wurde erstellt, das für Brandenburg eine wissenschaftliche Analyse mit konkreten Maßnahmen zum landesweiten Ausbau des Gewaltschutzes bietet.

jährlich 29 Mio. Euro ab 2023 aus dem Landeshaushalt bereitgestellt (in 2022 anteilig fünf Monate ca. 12 Mio. Euro.).



Betreuungsplätze weiter ausgebaut

Wir haben für die Jahre 2019 bis 2022 ein 15 Mio. Euro starkes Landesinvestitionsprogramm zur Schaffung **zusätzlicher Betreuungsplätze** in Tageseinrichtungen für Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Grundschulalter auf den Weg gebracht. Damit soll der Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen abgedeckt werden.

Digitale Ausstattung und Medienbildung

Digitale Medien sind ein Schlüssel zu Chancengleichheit, qualitativ hochwertiger Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Dieser Grundsatz gilt auch für den vorschulischen Bereich. Wir investieren rund 1,95 Mio. Euro aus Mitteln des Gute-KiTa-Gesetzes des Bundes in die **digitale Ausstattung von Kitas** und in frühkindliche Medienbildung. Damit fördern wir Fortbildungen pädagogischer Fachkräfte des vorschulischen Bereichs mit Schwerpunkt Medienbildung und Digitalisierung sowie die digitale Ausstattung von Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen.

Mehr Lehrkräfte

Vor allem Grundschulen, Förderschulen und die Sekundarstufe I benötigen zusätzliche Lehrkräfte. Um Interessenten für den Schuldienst zu gewinnen, haben wir die Beratungs- und Informationsangebote weiter ausgebaut. Seit 1. Oktober 2020 bis zum Stichtag 30. September 2021 konnten 1.297 Stellen unbefristet besetzt werden. Damit wurden in der 7. Legislaturperiode bisher **2.905 neue Lehrkräfte** eingestellt.

Um den zukünftigen Bedarf von jährlich über 1.000 Lehrkräften zu decken, haben wir seit 2019 die Anzahl der Studienplätze an der Universität Potsdam von 650 auf 1.000 erhöht. Auch die Plätze in den Studienseminaren erweitern wir regelmäßig.



Um den Bedarf an Lehrkräften auch in ländlichen Regionen zu decken, wurde das **Brandenburg-Stipendium** für Landlehrerinnen und Landlehrer geschaffen. Das Programm umfasst neben einer finanziellen Zuwendung von monatlich 600 Euro auch ein Mentoringprogramm und ein umfangreiches Vernetzungs- und Fortbildungsangebot.

Nach Abschluss des Studiums verpflichten sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten, für mindestens drei Jahre an einer Schule im ländlichen Raum zu unterrichten. In der ersten Ausschreibungsrunde 2021 konnten alle 25 Stipendien vergeben werden. Der überwiegende Teil ging an Studierende des Grundschullehramtes.

Wir werben außerdem um Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger. Dafür haben wir die Offensive zu deren Qualifizierung seit 2019 weiter ausgebaut. Das Programm entfaltet die gewünschte Wirkung: Die Absolventenzahlen des berufs begleitenden Vorbereitungsdienstes steigen an

Kinder- und Jugendrechte

Am 1. November 2021 wurde Brandenburgs erste **Kinder- und Jugendbeauftragte** des Landes berufen. Sie wird helfen, Kinderrechte und die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im Land bekannt zu machen und zu stärken. Zu ihren weiteren Arbeitsschwerpunkten gehört auch der Kinderschutz.

Sport

Aus dem Zukunftsinvestitionsfonds stellen wir 25 Mio. Euro für Investitionen in die Sportinfrastruktur in den Kommunen im Rahmen des **Goldenen Plans Brandenburg** bis 2024 zur Verfügung.

Schwerpunkt der Förderung sind vereinseigene und langfristig gepachtete Sportanlagen der Sportvereine. Mit unserer Unterstützung in Höhe von 8,1 Mio. Euro konnte der Landessportbund Brandenburg e. V. im November 2020 mit dem Bau des Hauses des Sports in Potsdam beginnen. Die Fertigstellung ist für 2022 geplant.



Pokal geholt

3. Pflege und Krankenhausstandorte

Die meisten Menschen wollen möglichst lange im eigenen Zuhause leben, auch wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Dementsprechend werden mehr als 80 Prozent der etwa 154.000 pflegebedürftigen Frauen und Männer im Land Brandenburg zu Hause gepflegt.

Mit dem **Pakt für Pflege** haben wir drei Förderlinien auf den Weg gebracht, um Pflege in der Häuslichkeit zu stabilisieren. Wir stärken und gestalten Pflege vor Ort und unterstützen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen durch den Ausbau von Beratungsstrukturen und den Ausbau von Angeboten der Kurzzeit- und Tagespflege. Zudem fördern wir Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in der Pflege. Dafür stehen allein in 2022 rund 20,3 Mio. Euro bereit.

Die Attraktivität der Pflegeberufe ist entscheidend, um den erheblichen Fachkräftebedarf zu decken: Mit der **generalistischen Ausbildung** zur Pflegefachkraft, der Einführung einer generalistischen Ausbildung in der Pflegefachassistenz sowie der Kooperation mit der BTU Cottbus-Senftenberg zur Stärkung der akademischen Ausbildungsangebote in der Pflegewissenschaft haben wir zentrale Rahmenbedingungen für die Umsetzung eines guten Qualifikationsmix in den Pflegeeinrichtungen geschaffen. Mit der Kampagne „Pflege-Stories – Die neue

Ausbildung in Brandenburg“ will Brandenburg noch mehr junge Menschen für den Pflegeberuf begeistern.



Fachklinik Wollitzsee -Gangstudio

Erhalt aller Krankenhausstandorte!

Unter dem Dach der „Gemeinsamen Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg“ haben wir im Juni 2021 den **Vierten Krankenhausplan** für das Land Brandenburg beschlossen. Zum ersten Mal haben Berlin und Brandenburg ihre jeweiligen Krankenhausplanungen umfassend miteinander abgestimmt und auf der Grundlage gemeinsamer Versorgungsziele und Planungsgrundsätze erstellt. Alle Krankenhausstandorte bleiben für die regionale Gesundheitsversorgung erhalten. Auch künftig wird eine bedarfsgerechte, flächendeckende, gut erreichbare und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in allen Teilen des Landes sichergestellt.

Zudem haben wir das Fundament für eine Weiterentwicklung sektor-übergreifender Versorgungsansätze zur Sicherung der **regionalen Gesundheitsversorgung** gelegt. Die Übertragung eingespielter Strukturen am Beispiel Mittelbereich Templin ist erfolgreich erprobt. Krankenhäuser der ländlichen Grundversorgung wollen wir zu modernen ambulant-stationären Gesundheitszentren weiterentwickeln.

Gesundheitscampus Cottbus-Senftenberg

Der Standort Senftenberg der BTU Cottbus-

Senftenberg hat sich in den vergangenen Jahren stark in Richtung eines **Gesundheitscampus** mit Fokus auf die Themen Gesundheitswissenschaft, Akademisierung der Gesundheitsberufe sowie molekulare Medizin, Biotechnologie und Biopolymerforschung entwickelt. Mit der Einrichtung des Bachelorstudiengangs Hebammenwissenschaften zum Wintersemester 2021/22 sind wir nun einen weiteren Schritt bei der Akademisierung der Gesundheitsberufe gegangen. Mit diesem Studienangebot werden Hebammen künftig auf akademischem Niveau ausgebildet.

4. Wissen schaffen

400 Mio. Euro für die Hochschulen

Wir stellen unseren staatlichen Hochschulen jährlich etwa 350 Mio. Euro als Grundhaushalt zur Verfügung. Durch Förderungen aus den Hochschulverträgen und Sonderzuweisungen erhöhen wir diese Summe auf rund **400 Mio. Euro**. Um die Hochschulen weiter zu stärken, stocken wir ihre Grundhaushalte jährlich um insgesamt fünf Mio. Euro auf.



Bundesweit einmalig: Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Frankfurt (Oder): Zukunftszentrum

Wir unterstützen die Bewerbung der Stadt Frankfurt (Oder) als Standort des **Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit** unter anderem mit Personal

für die wissenschaftliche Koordination, die Kooperation mit der Stadt und die Veranstaltungsorganisation an der Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Auch der Senat von Berlin setzt sich für Frankfurt (Oder) als Standort ein („2 Länder für 1 Stadt“). Eine Entscheidung durch den Bund soll bis Ende 2022 fallen.

Starke Wirtschafts- und Innovationsstandorte nach Golmer Vorbild

Wir haben die Förderung des Standortmanagements für den Wissenschaftsstandort Golm (Potsdam) in Höhe von bis zu jährlich 750.000 Euro bis zum 31. Dezember 2022 weiter bewilligt (Förderung des wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfers). Darüber hinaus ist das Land mit mehreren Ressorts in der Task Force **Potsdam Science Park** vertreten, deren Aufgabe es ist, die strategische Entwicklung des Standorts zu unterstützen.

Im Rahmen der Strukturentwicklung in der Lausitz arbeiten wir gemeinsam mit der BTU Cottbus-Senftenberg am Aufbau eines neuen Innovationsstandortes, dem **Lausitz Science Park (LSP)**. Der symbolische Start für den im Endausbau 420 Hektar großen LSP erfolgte am 7. März 2022. Laut BTU entsteht dabei ein Potenzial für

insgesamt 10.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze. Der Wissenschaftspark wird das gemeinsame Dach für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in der Lausitz. Die Projekte des LSP werden durch die Cluster „Energiewende und Dekarbonisierung“, „Gesundheit und Life Sciences“, „Globaler Wandel und Transformationsprozesse“ sowie „KI und Sensorik“ zu großen interdisziplinären Strukturen zusammengefasst.



5. Kultur: Das Verbindungselement unserer Gesellschaft

Unter den erschwerenden Bedingungen der Pandemie haben wir Ende 2020 einen Prozess begonnen, um im Dialog mit der Kulturszene des Landes die bisherigen Schwerpunkte **der kulturpolitischen Strategie** zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Auf regionalen und thematischen Konferenzen entwickeln wir eine zukunftsorientierte kulturpolitische Strategie auch als wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt des Landes.



Lange Nacht der freien Theater

Kulturelle Infrastruktur des Landes stärken

Brandenburg besitzt ein reichhaltiges und facettenreiches kulturelles Leben. Mit unserer finanziellen Unterstützung in Höhe von jährlich rund 100 Mio. Euro, zu der die allgemeine **Kulturpro-**

jektförderung, vielfältige genrespezifische Förderprogramme und die institutionelle Förderung gehören, tragen wir wesentlich dazu bei, dass Kunst und Kultur in hoher Qualität erlebt werden können. Die Unterstützung der Freien Darstellenden Kunst stärken wir, indem wir die Förderung ab 2022 um weitere 100.000 Euro pro Jahr erhöhen.

Von großer Bedeutung sind auch unsere in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen in die Kultur, wodurch z. B. zahlreiche Denkmale vor dem Verfall gerettet, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen von Kultureinrichtungen angestoßen sowie Digitalisierungsmaßnahmen in Gang gesetzt wurden.

Regionale kulturelle Ankerpunkte fördern

Mit dem Förderprogramm für regionale kulturelle Ankerpunkte im ländlichen Raum (Gesamtfördersumme 3,25 Mio. Euro bis Ende 2024) wurde erstmalig eine gezielte Förderung für eine strukturelle Entwicklung der **kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum** über mehrjährige Projektförderungen aufgelegt. Im Zuge der ersten Förderrunde werden neun ausgewählte Ankerpunkte in acht Landkreisen gefördert. Wichtige

Voraussetzung für die Förderung als kultureller Ankerpunkt ist ein hoher Grad an Partizipation und Verbindung mit der Zivilgesellschaft.

Synagoge in Potsdam bis 2024

Das Land wird in Zusammenarbeit mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) auf dem Gelände in der Schloßstraße 1 in Potsdam bis zum Jahr 2024 ein **Synagogen- und Gemeindezentrum** errichten.

Am 8. November 2021 wurde der Grundstein gelegt. Das Land finanziert den Bau mit rund 13,7 Mio. Euro. In den ersten drei Jahren nach Fertigstellung des Gebäudes wird die ZWST als Treuhänderin die Trägerschaft des Zentrums übernehmen. Danach soll der Landesverband der jüdischen Gemeinden das Synagogen- und Gemeindezentrum als Träger übernehmen.



Synagoge Potsdam: Grundsteinlegung am 8. November 2021

Landesmuseum für Moderne Kunst

Das zentrumsnahe frühere Lichtspieltheater wird zum neuen Standort des Brandenburgischen **Landesmuseums für Moderne Kunst** (BLMK) in Frankfurt (Oder). Dazu wurde ein europaweiter Architekturwettbewerb gestartet, an dem 43 Teams teilnahmen. Am 30. März 2022 wurde der Siegerentwurf gekürt. Die bisher an drei Orten angesiedelten Museumsbereiche werden damit

auf der Liegenschaft im Stadtzentrum zusammengefasst. Das denkmalgeschützte Gebäude wird umfassend saniert und erweitert. Die Gesamtkosten betragen rund 23 Mio. Euro.



Siegerentwurf für das Landesmuseum in Frankfurt (Oder)

Mönche in Neuzelle

Das Land unterstützt die Wiederansiedlung von Mönchen des **Zisterzienserordens** in der Nähe von Neuzelle. Dafür hat die Stiftung Stift Neuzelle das ehemalige Forsthaus Treppeln mit knapp 75 Hektar umliegendem Wald an das Priorat Neuzelle verkauft. Die Wiederansiedlung knüpft an die jahrhundertealte Stiftstradition an. Neuzelle ist eine der wenigen vollständig erhaltenen Klosteranlagen in Europa. Zugleich ist das Kloster eines der am intensivsten genutzten Klosterareale im Land. Die Klostergründung bereichert Neuzelle als Ort der Kultur und Bildung um eine religiöse und spirituelle Komponente.



Mönche in der Klosterkirche Neuzelle



Nachhaltigkeit: Die 17 Ziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals).

C. NACHHALTIGKEIT

Wirtschaftswachstum und Klimaschutz: Diese zwei Stränge verknüpft Brandenburg zu einer Linie. Das öffnet den Weg, damit Brandenburg die Gewinner- und Zukunftsregion der 20er Jahre wird.

1. Fundament für eine bewusste und vorausschauende Klimapolitik

Brandenburg orientiert sich bei seiner ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals). Sie werden durch aktualisierte Ressortstrategien umgesetzt. Die Weiterentwicklung der **Landesnachhaltigkeitsstrategie** greift diese auf. Der Anfang 2021 berufene sechsköpfige Nachhaltigkeitsbeirat berät und unterstützt die Landesregierung in diesem Prozess.

Bauordnung: Nachhaltig mit Holz

Holz ist ein heimischer und ökologischer Baustoff. Es soll vermehrt eingesetzt werden. Mit der Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung Ende 2020 haben wir einfaches, schnelles und nachhaltiges Bauen weiter befördert. Nach den ersten Schritten haben wir zwischenzeitlich mit Einführung der **Muster-Holzbaurichtlinie** als Technische Baubestimmung zum 1. Januar

2022 die Möglichkeit des Bauens mit Holz erleichtert und ausgebaut.

Klimafreundliche Mobilität und Radverkehr ins Rollen gebracht

Über verschiedene Programme haben wir in 2021 rund 30 Mio. Euro für den Radverkehr eingesetzt. Im **Radverkehrsnetz** wurden 2021 wichtige Abschnitte neu gebaut und bestehende Lücken geschlossen, wie zum Beispiel beim Radweg in Saarmund, wo das Netz nun wichtige Orte in Potsdam-Mittelmark verbindet.

Die Mittel für den Radverkehr konnten auch im Haushalt 2022 insgesamt verstetigt werden. Das sind Rekordinvestitionen in den Radverkehr. Unter anderem wurden 600.000 Euro zur Förderung von Lastenfahrrädern eingesetzt. Die erfolgreiche Lastenradprämie setzen wir in 2022 fort.



Radausflug bei Rühstädt (Prignitz)

Verkehrswende hat begonnen

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den **Umweltverbund** aus Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr bis 2030 auf 60 Prozent zu steigern. Dies ist ein wichtiger Beitrag des Verkehrssektors zu einer klimafreundlichen Mobilität.

Im Rahmen der Verkehrswende muss durch attraktive und bedarfsgerechte Angebote des Umweltverbundes eine Änderung des Mobilitätverhaltens mit verringertem PKW-Anteil erreicht werden. Mit der Fortschreibung der Mobilitätsstrategie werden die dafür erforderlichen mittelfristigen Weichenstellungen gesetzt. Darüber hinaus führt die Landesregierung mit der Volksinitiative Verkehrswende einen Dialogprozess zur Erarbeitung eines Mobilitätsgesetzes durch.

Klimaplan für die Klimaneutralität

Die Landesregierung erarbeitet den Klimaplan Brandenburg, der als ressortübergreifende Klimaschutzstrategie mit Zwischen- und Sektorenzielen einen Pfad für Brandenburg zur **Klimaneutralität** bis spätestens **2045** definieren soll. Mit dem Zwischenbericht vom Februar 2022 liegen neben einer umfassenden Bestandsanalyse der Treibhausgasemissionen Brandenburgs erstmals auch Trendanalysen für zukünftige Entwicklungen in allen Sektoren vor.

Um den **Klimaplan** auf solide Grundlagen zu stellen und um hohe Akzeptanz zu erreichen,

wurde Anfang März 2022 ein breiter Beteiligungsprozess gestartet, der neben wichtigen Expertinnen und Experten auch die breite Öffentlichkeit sowie in gesonderten Beteiligungsformaten auch die Kommunen und die Jugend Brandenburgs einbezieht.

In den Handlungsfeldern Energie und Wasserstoffwirtschaft, klimaneutrale Industrie, Wärme- und Bauen und Wohnen, Verkehr und Mobilität, Landwirtschaft und Ernährung, Abfall und Kreislaufwirtschaft, Landnutzung, Forstwirtschaft und Senkenwirkung sowie übergreifenden Handlungsschwerpunkten sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen.

Wasserwirtschaft und Klimaanpassung

Das Gesamtkonzept zur Anpassung an den Klimawandel im Politikfeld Wasser haben wir im März 2022 dem Landtag vorgelegt. Ziel ist, Brandenburg auf die **Folgen des Klimawandels** im Bereich Wassernutzung und -management vorzubereiten, die Widerstandsfähigkeit zum Beispiel durch Waldumbau und Moorschutz zu stärken und Schäden zu vermeiden.

Die **Wiedervernässung** von Mooren für den Klimaschutz ist ein zentrales Projekt zur Stabilisierung des Wasserhaushalts. Wir erarbeiten aktuell ein Moorschutzprogramm und setzen rund 10 Mio. Euro Bundesmittel ein, um damit in drei Pilotprojektgebieten die Umstellung auf moorschonende landwirtschaftliche Nutzung von Niedermoorflächen zu erproben.

Mit dem im Februar 2021 vorgestellten **Landesniedrigwasserkonzept** verbessern wir in 16 Flussgebieten die Niedrigwasservorsorge durch Ausnutzung der Speicherpotenziale der Landschaft. Durch Anpassung der Wassermengenbewirtschaftung und der Wassernutzungen richten wir das Niedrigwassermanagement in den Flussgebieten auf künftige Niedrigwasserereignisse aus.

Hochwasserschutz

Wir setzen unseren Hochwasserschutz kontinuierlich weiter um. An der Oder sind 85 Prozent der zu erweiternden bzw. neu zu bauenden Deiche umgesetzt; an der Elbe im Landkreis Prignitz sind es etwa 99 Prozent. So wurden in 2021 an der Elbe die gesamten Hochwasserschutzmaßnahmen für Breese sowie den Altstadtbereich der Stadt Wittenberge abgeschlossen. Die **Hochwasserschutzinvestitionen** des Landes werden aktuell und künftig auf die Schwarze Elster konzentriert.



Hochwasserschutz an der Elbe: Freigabe für Deichanlage Breese

Naturschutz / Nationale Naturlandschaften

Das „Tafelsilber der Deutschen Einheit“ bewahren und schützen wir. Die Landesregierung setzt das „Grüne Band Brandenburg“ in der Prignitz

entlang der früheren innerdeutschen Grenze auf 30 Kilometern als Nationales Naturmonument fest. Mit dem Neubau des Besucherinformationszentrums im Naturpark Schlaubetal haben jetzt alle **15 Nationalen Naturlandschaften** in Brandenburg Besucherinformationszentren. Fünf neue Teams setzen künftig Natura-2000-Maßnahmen außerhalb der Großschutzgebiete um. Die Naturwacht erhielt Verstärkung für das Weltnaturerbe Buchwald Grumsin.

Abfälle vermeiden!

Im Oktober 2020 und 2021 fanden das 1. und 2. Brandenburger Forum zur **Abfallvermeidung** statt, welches den Akteuren im Bereich Abfallvermeidung eine Austauschplattform bietet. Für einen besseren Umgang mit Kunststoffen wurde ein 7-Punkte-Plan veröffentlicht. Dieser beinhaltet u.a. einen Leitfaden zur Einrichtung eines regionalen Pfandsystems sowie die Einrichtung einer Beratungs- und Vernetzungsstelle Verpackungsreduktion (BVVB) an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

2. Klimaneutrale Energieversorgung

Brandenburg verknüpft Klimaschutz und Wirtschaftswachstum und will damit zu einer **Gewinner- und Zukunftsregion der 2020er Jahre** werden.

Derzeit sind in Brandenburg etwa 3.900 Windkraftanlagen mit einer Leistung von etwa 7.600 Megawatt (MW) in Betrieb. Weitere etwa 850 Anlagen mit vorgesehenen rund 4.000 MW sind entweder genehmigt (aber noch nicht im Betrieb) oder befinden sich im Genehmigungsverfahren. Zusammen mit der installierten Leistung aus Solarenergie (etwa 4.600 MW) ist Brandenburg damit bundesweit bei den **erneuerbaren Energien führend** (bezogen auf Einwohner).

Die Landesregierung setzt sich auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass eine direkte lokale Nutzung ohne Einspeisung in das Netz ermöglicht wird und vom Windkraftausbau betroffene Kommunen weitere Ausgleichszahlungen von den Betreibern erhalten (bisher zahlen Anlagenbetreiber nach Brandenburger Landesrecht 10.000 Euro pro Anlage und Jahr an die jeweilige Kommune). Der Ausbau muss weiter deutlich vorangebracht werden, da Deutschland und damit auch Brandenburg – wie sich aktuell sehr deutlich zeigt - noch zu stark von Energieimporten abhängig ist. Zugleich steigt der Strombedarf (z. B. E-Mobilität, Wärmepumpen) an.

Derzeit überarbeitet die Landesregierung – gestützt auf ein Gutachten der Prognos AG – die **Energiestrategie 2030** aus dem Jahr 2012 und schreibt sie fort. Mit der Energiestrategie 2040 verfolgen wir das Ziel, den dringend notwendigen Transformationsprozess zu einer klimaneutralen, umweltverträglichen, wirtschaftlichen, sicheren und gesellschaftlich akzeptierten Energieversorgung zu fördern. Durch strategische Ziele und Handlungsfelder sowie deren Operationalisierung in einem Maßnahmenkatalog treiben wir die **Energiewende** in Brandenburg weiter voran. Ein Beitrag dazu ist auch das „Klimabündnis Stadtentwicklung“, das wir im Januar 2022 mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft und der kommunalen Versorgungsunternehmen (BBU und VKU) auf den Weg gebracht haben.



Wasserstoff und Power to X

Mit dem Eckpunktepapier der ostdeutschen Energieländer zur Entwicklung einer regionalen Wasserstoffwirtschaft haben im Juli 2020 Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt ein klares politisches Bekenntnis zu einem raschen und effektiven Aufbau einer **klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft** abgegeben.

Im November 2021 hat das Kabinett auf Grundlage dieser Ergebnisse die Strategie mit 63 konkreten Maßnahmen für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Brandenburg beschlossen. Als Bestandteil dieser „Roadmap“ wurden Ende

März 2022 bereits der digitale **Wasserstoffmarktplatz** und eine Kommunikationsplattform zum Thema Wasserstoff von Berlin und Brandenburg in Betrieb genommen.

Fachkräftesicherung

Brandenburgs Fach- und Arbeitskräfte sind der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Zur Sicherung des Bedarfs ist eine enge Kooperation aller Partner notwendig. Dazu haben wir unsere **Fach- und Arbeitskräftestrategie** weiterentwickelt (Kabinettsbeschluss vom März 2022). Unter den drei Handlungsfeldern „Bilden – Halten – Gewinnen“ sind sieben Handlungsschwerpunkte definiert und mit konkreten Aktivitäten untersetzt. Neue inhaltliche Punkte sind u. a. die Gewinnung ausländischer Fach- und Arbeitskräfte.

Da die Hauptstadtregion ein gemeinsamer Arbeitsmarkt ist, erfolgt mit dem Senat von Berlin eine enge Abstimmung zur Fachkräftesicherung. Im Rahmen einer **Fachkräfte-Studie** werden Brandenburg und Berlin Konsequenzen aus großen Ansiedlungen wie Tesla im brandenburgischen Grünheide oder Siemensstadt 2.0 in Berlin ziehen. Jungen Menschen sollen in der Hauptstadtregion Perspektiven gegeben werden. Es ist notwendig, in beiden Ländern für ausreichenden Arbeits- und Fachkräftenachwuchs zu sorgen.

Ansiedlungen

Die Ansiedlungsdynamik nimmt zu und ist durch das wachsende Interesse auch internationaler Unternehmen am Standort Brandenburg geprägt. Brandenburg konnte sich in der jüngsten Vergangenheit insbesondere in den zukunftsweisenden Branchen (Elektro-)Mobilität und damit zusammenhängend der Batterietechnologie, Chemie und Energie profilieren. Die Verfügbarkeit von Strom aus Erneuerbaren Energien ist

ein bedeutender Standortfaktor für Unternehmensansiedlungen. Die positive Ansiedlungsentwicklung spiegelt sich auch in der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze wider. Seit Beginn der Legislatur sind mehr als **180 erfolgreiche Investitionsprojekte** zu verzeichnen, verbunden mit fast 7.000 neuen Arbeitsplätzen.

TESLA: Wirtschaftsansiedlung von strategischer Bedeutung

Die Ansiedlung des US-amerikanischen Automobilkonzerns Tesla zum Bau von E-Autos in Grünheide (Mark) schafft ein völlig neues Bild von Brandenburg und ist ein Meilenstein für Industrieansiedlungen im Land. Ziel ist eine **Wertschöpfungskette der klimaneutralen E-Mobilität**. Dazu gehören neben Tesla zum Beispiel BASF in Schwarzheide, Rock Tech Lithium mit der geplanten Fabrik in Guben, das angekündigte Aluminiumoxid-Werk von Altech Industries in Schwarze Pumpe oder die künftige Produktion des elektrischen Mercedes-Sprinter in Ludwigsfelde. Die Entscheidung von Tesla, in Brandenburg zu investieren, hat deshalb auch viel damit zu tun, was schon zuvor geleistet wurde.

Zwischen Bekanntgabe der Ansiedlung durch Tesla-Chef Elon Musk am 12. November 2019 und dem Genehmigungsbescheid am 4. März 2022 lagen 843 Tage – und zwei inzwischen bereits weitgehend fertiggestellte Fabriken. Die ersten E-Autos wurden am 22. März 2022 ausgeliefert. Im Verfahren gab es eine umfangreiche Beteiligung von Behörden, Verbänden und der Öffentlichkeit. Diese wurde teilweise wiederholt, da die zusätzliche **Batteriezellfabrik** erst später in das Verfahren aufgenommen wurde. Zur Ansiedlung tagte in bisher 27 Sitzungen eine Task Force in der Staatskanzlei.

Die Tesla-Fabrik wird viele neue **Industrie-arbeitsplätze** bringen. Die Region wird sich aber auch verändern. Die Infrastruktur von Kita über Wohnen bis Bahnanbindung muss aufgebaut werden. Dies erfordert von allen Beteiligten große Anstrengungen.



22. März 2022: Erste Auslieferung von Tesla E-Autos in Grünheide

Deshalb wurde von Mai 2020 bis März 2021 mit 22 brandenburgischen Städten und Gemeinden und dem Berliner Bezirk Treptow-Köpenick und der regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree sowie dem Landkreis Oder-Spree ein landesplanerisches Konzept zur **Umfeldentwicklung** der Tesla-Gigafactory erarbeitet. Damit ist der Grundstein für eine strategisch kluge Siedlungsentwicklung in der Region und für die Nutzung der Baupotenzialflächen durch die Städte und Gemeinden im Tesla-Umfeld gelegt.

3. Erfolgreiche Strukturentwicklung der Lausitz

Am 3. Juli 2020 haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen verabschiedet. Damit stehen dem Land Brandenburg bis zu **10,3 Mrd. Euro für die Strukturentwicklung** in der Lausitz zur Verfügung.

In und mit der Lausitz haben wir die erforderlichen Grundlagen geschaffen, um die Strukturentwicklung deutlich voranzubringen. Dazu haben wir in sehr kurzer Zeit mit dem Lausitzprogramm 2038, der Neuaufstellung der „**Wirtschaftsregion Lausitz GmbH**“ (WRL) und der Mehrheitsbeteiligung des Landes an der WRL seit Anfang 2022 sowie der Etablierung von fünf Werkstätten entscheidende Grundlagen geschaffen. Der im Oktober 2020 konstituierte Begleitausschuss des Landtags für die Lausitz und die Ende 2021 beauftragte Begleitforschung sichern das erforderliche Monitoring und den „Blick von außen“.

Im Rahmen des Werkstattprozesses wurden bereits **54 Landesprojekte (Arm 1)** qualifiziert, die Mittel von ca. 1,2 Mrd. Euro umfassen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Infrastruktur. Zudem werden auch Projekte gefördert, die der Kultur und dem Tourismus dienen. Die ersten Projekte werden bereits umgesetzt.

Im Bund-Länder-Koordinierungsgremium wurden Beschlüsse zu bisher **49 Maßnahmen** gefasst, die in Verantwortung des Bundes (Arm 2) liegen. Damit sind weitere mehr als 4,1 Mrd. Euro der Strukturstärkungsmittel darunter für Bahn- und Straßenprojekte gebunden sowie weitere Mittel reserviert (z. B. Bahnwerk Cottbus mit 1.200 neuen Industriearbeitsplätzen). Auch die Ansiedlung wichtiger Bundesbehörden, Forschungseinrichtungen und Kompetenzzentren ist teilweise bereits erfolgt bzw. konkret geplant.



Präsentation neues Bahnwerk in Cottbus

Forschung für Innovationen

Im Rahmen der Strukturstärkung werden neue außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in der Lausitz aufgebaut (Forschungszentrum für Luft- und Raumfahrt und Fraunhofer-Gesellschaft). Damit zielen wir konsequent auf die **Innovationskraft der Region**, auf eine hohe wissenschaftliche Qualität und enge Vernetzung untereinander (Hochschulen und Unternehmen) sowie auf eine internationale Ausrichtung. Zu den Kernthemen zählen z. B. Klimaneutralität, Energietechnik, Gesundheitswirtschaft, Kunststoffe/Chemie und Digitalisierung. Hierdurch hat die Lausitz schon jetzt an Sichtbarkeit gewonnen und wird sich perspektivisch zu einem Hochtechnologiestandort entwickeln.

Mit dem Aufbau der neuen **Forschungslandschaft** in der Lausitz leisten wir einen Beitrag zur Gewinnung von Arbeitskräften, zur Steigerung der Attraktivität der Region für bestehende Unternehmen, für Ansiedlungen sowie Neugründungen. Ebenso stellen wir damit eine schnelle sowie hohe regionale wie überregionale ökonomische, ökologische und sozio-demografische Transformation sicher.

Auch um den hohen **Bedarf an zusätzlichen Fach- und Arbeitskräften** zu decken, wird sich die Region als weltoffen und modern präsentieren. Dadurch ist es möglich, auch international

attraktiv wahrgenommen zu werden und insbesondere junge Menschen für die Region zu gewinnen.

Modellregion Gesundheit Lausitz

Die Lausitz soll zu einer Modellregion der Gesundheitsversorgung werden. In einer ersten Konzeptstufe hat eine zehnköpfige Expertenkommission im August 2021 Empfehlungen zum Aufbau eines „Innovationszentrums **Universitätsmedizin Cottbus**“ (IUC) vorgestellt, das aus einer Universitätsmedizin und einem digital unterstützten Netzwerk von Akteuren der Gesundheitsversorgung besteht. Forschungsschwerpunkte werden die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems und die Digitalisierung des Gesundheitswesens sein. Das Carl-Thiem-Klinikum in Cottbus wird in diesem Zusammenhang zum Universitätsklinikum und Digitalen Leitkrankenhaus ausgebaut.



CTK Cottbus: Künftig digitales Leitkrankenhaus

Die Empfehlungen sind Grundlage für ein konkretisiertes Konzept, das bis Ende 2022 vorliegen soll. Das ambitionierte Vorhaben hat auch Eingang in den Koalitionsvertrag für die neue Bundesregierung gefunden und soll bis 2038 aus Bundesmitteln gefördert werden.

Kultur: Ein Motor für den Strukturwandel

Die kreativen Potenziale von Kunst und Kultur spielen für die Strukturstärkung der Lausitz und die Identifikation der Region eine zentrale Rolle.

Über das Sofortprogramm des Bundes werden drei Maßnahmen umgesetzt: Der „**Kulturplan Lausitz**“ mit einer Vielzahl konkreter Vorschläge für die kulturelle Entwicklung der Lausitz, der Ideenwettbewerb „Kulturelle Heimat Lausitz“ und die Sicherung des immateriellen Kulturerbes im deutsch-slawischen Kontext. Zusätzlich wird vom Bund das jährliche Lausitz-Festival gefördert. Das Mehrsparten-Festival mit Konzerten, Theateraufführungen und Diskussionen kommt in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz zur Aufführung.

Braunkohlensanierung und Braunkohlenplanung weiter vorangetrieben

Zur **Braunkohlensanierung** wurden von 2019 bis 2021 von Bund und Land ca. 116 Mio. Euro umgesetzt (Grundsanierung und Abwehr von Gefahren aus dem Grundwasserwiederanstieg, Schaffung von Voraussetzungen für die Folgenutzungen).

Die Verhandlungen für ein **Folgeabkommen** für die Jahre 2023 bis 2027 laufen erfolgreich. Derzeit werden von allen Beteiligten (Bund und Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) die erforderlichen Gremienbeschlüsse eingeholt. Das neue Verwaltungsabkommen soll noch vor der Sommerpause 2022 unterzeichnet werden.



Bergbaufolgelandschaft: Großräschener See

4. Land- und Forstwirtschaft: Klimagerechte und nachhaltige Bewirtschaftung

Brandenburg hat bundesweit einen Spitzenplatz in der ökologischen Landwirtschaft. Bereits in 2021 wurden 15,5 Prozent der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Fläche nach **ökologischen Maßgaben** bewirtschaftet (nach 14,4 Prozent in 2021). Unser Ziel sind 20 Prozent bis zum Jahr 2024. Auch viele konventionelle Betriebe wirtschaften in Brandenburg extensiv und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Artenvielfalt- und Klimaschutz

Hilfreich ist dabei die Neuausrichtung der Gemeinsamen **Europäischen Agrarpolitik** (GAP) ab 2023. Die neue Förderarchitektur ist eine Chance für eine umweltgerechtere Agrarpolitik, die die Interessen der brandenburgischen Betriebe im Blick behält. Wichtig sind dabei Agrarumweltmaßnahmen (Ökoregelungen).

Ökoaktionsplan

Den Ökoaktionsplan Brandenburg haben wir in einem partizipativen Prozess erarbeitet und im Oktober 2021 vorgestellt. Im Fokus stehen die Förderung **regionaler, ökologischer Wertschöpfung**, der Wissenstransfer und die Vernetzung aller Ebenen der Branche. Jetzt haben wir die Umsetzung der Maßnahmen wie u. a. eine höhere Prämie für die Umstellung für Öko-Ackerland begonnen.

Gute Ernährung: Bio-Qualitätszeichen

Im Januar 2022 haben wir das Qualitätszeichen für Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus regionaler ökologischer sowie konventioneller Produktion präsentiert. Damit werden Brandenburger Produkte erkennbar und die Absatzchancen für landwirtschaftliche Produkte gerade im Großraum Berlin und Brandenburg verbessert. Gesunde Ernährung auch durch regionale Bio-Lebensmittel gehört zu den Themen der Ernährungsstrategie „Brandenburg ernährt

sich nachhaltig: regional – vielfältig – fair!“, deren Konzept das Kabinett im März 2022 zugestimmt hat.



Gesicherte Qualität aus Brandenburg

Agrarstrukturelles Leitbild

Der Entwurf für das Agrarstrukturelle Leitbild wurde im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsprozesses erstellt. Auf dieser Grundlage werden 2022 Umsetzungs- und Regelungsvorschläge für ein brandenburgisches **Agrarstrukturgesetz** erarbeitet, das die Bereiche des landwirtschaftlichen Bodenmarkts regeln soll.

Waldumbau und Neustrukturierung Forst

Im Zuge der Klimakrise nehmen die Schäden an Brandenburgs Wäldern durch Trockenheit und Schadinsekten zu. Mit der Neustrukturierung des Landesbetriebs Forst wollen wir die Grundlage für eine klimaangepasste Waldbewirtschaftung und eine zukunftsfeste Forstverwaltung legen. 2020 hat der Landesbetrieb Forst eine Beratungskampagne gestartet, um Waldbesitzende für den Waldumbau zu gewinnen.



Baumschau für den Waldumbau

Für konkrete Waldumbaumaßnahmen auf 1.500 Hektar Fläche im Privat- und Körperschaftswald hat das Land Privatwaldbesitzende in den Jahren 2020 und 2021 mit rund 7,5 Millionen Euro unterstützt. Im Landeswald wurden in den letzten beiden Jahren über 2.600 Hektar Wald umgebaut.

Waldbrandvorbeugung

In Zeiten der Klimakrise werden mehr Waldbrände im Land Brandenburg erwartet. Nach umfangreichen Baumaßnahmen wurden die Waldbrandzentrale Süd (Wünsdorf) im März 2020 und die Waldbrandzentrale Nord (Eberswalde) im März 2021 in Betrieb genommen. 105 Sensoren überwachen die Brandenburger Wälder und melden Rauchwolken. Die Daten gehen über Richtfunk in den Zentralen ein. Eine **Brandbekämpfung** kann dadurch schnell erfolgen. Das Land Brandenburg hat insgesamt 4,2 Mio. Euro aus dem EU-Landwirtschaftsfonds ELER für die Modernisierung des Waldbrandüberwachungssystems eingesetzt.

Geflügelpest begrenzen

Nach dem bisher schwersten Geflügelpestgeschehen in den Jahren 2020/2021 deutete sich in Deutschland 2021/2022 eine Geflügelpest-Epizootie (schwere Tierseuche) an, die die Dimensionen des vorangegangenen Geschehens noch übertreffen könnte.

Wir konnten jedoch die **Geflügelpest-Ausbrüche** durch hohe Biosicherheitsstandards bei den Geflügelhaltern, Früherkennung und konsequente Vorsorge- und Bekämpfungsmaßnahmen bisher auf zwei Putenbestände, zwei Kleinhaltungen mit mehreren Geflügelarten und eine Hühner-Kleinsthaltung begrenzen.

Bekämpfung der ASP

Seit September 2020 wurde die Afrikanische Schweinepest (ASP) wegen des anhaltend hohen Infektionsdrucks aus Westpolen über einwandernde Wildschweine auf der gesamten Länge der polnisch-brandenburgischen Grenze in das **östliche Brandenburg** eingetragen.

Es gibt bisher **acht infizierte Gebiete** und die Ausweisung von Sperrzonen II auf einer Gesamtfläche von derzeit rund 4.800 Quadratkilometern. Durch konsequente Bekämpfungsmaßnahmen wie Zaunbau, Fallwildsuche und Schwarzwildentnahme ist es gemeinsam mit den betroffenen Landkreisen gelungen, eine weitere Seuchenausbreitung Richtung Westen erfolgreich zu verhindern.



Bau Wildschutzzaun bei Ziltendorf (Oder-Spree)

Mittlerweile werden in den zuerst infizierten Gebieten keine neuen ASP-Fälle mehr festgestellt. Dies zeigt die Wirksamkeit der angewandten Maßnahmen, die nun bis zur endgültigen Seuchentilgung fortzuführen sind. Parallel dazu richten wir ein **ASP-Schutzkorridor** entlang der Grenze zu Polen ein, um die weitere Einwanderung infizierter Wildschweine aus Westpolen zu verhindern.

Dank der umfangreichen Maßnahmen konnte die Verbreitung auf die **Grenzregion** begrenzt werden. Die enge Zusammenarbeit aller Ebenen und das Engagement sowohl haupt- als auch ehrenamtlicher Kräfte machen sich bezahlt. Davon profitieren alle anderen Bundesländer und Westeuropa.

Im Jahr 2021 stiegen die Kosten für die ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg auf gut 44 Mio. Euro, für 2022 wurden dafür rund 59 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt. Lange hat die Landesregierung darum gekämpft, dass sich bislang nicht betroffenen Bundesländer an den **Kosten beteiligen** sollen. Deshalb ist es positiv, dass dies auf der Agrarministerkonferenz am 1. April 2022 vereinbart wurde.



Impressum:

Herausgeber:

Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Abteilung 3 / Kommunikation

Heinrich-Mann-Allee 107 / 14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-0 / poststelle@stk.brandenburg.de

www.brandenburg.de/

Facebook: [staatskanzlei.brandenburg,](https://www.facebook.com/staatskanzlei.brandenburg)

[unser.brandenburg](https://www.facebook.com/unser.brandenburg)

V.I.S.D.P.: Regierungssprecher Florian Engels

Redaktion: Florian Engels, Eva Jobs, Katharina Strauß

Redaktionsschluss: 05. April 2022

Bildnachweise

Titelseite: STK BB/ S. 1: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul / S. 2 Dr. Mario Schrupf / S. 3: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Soeren Stache / S. 4 o.: STK BB | Volker Tanner / S.4 u.: STK BB | FE / S. 5: STK BB | Landesmarketing / S. 6 o.: NEB | Ch. Bedeschinski / S. 6 u.: MIL / S. 7: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul / S. 8 l.: picture alliance/dpa | Christophe Gateau / S. 8 r.: STK BB | Volker Tanner / S. 9 l.: Adobe Stock | MCLittleStock / S. 9 l.: STK BB | FE / S. 10: MSGIV | Gabriel Hesse / S. 11: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul / S. 13: Adobe Stock | Gundolf Renze / S. 15: Adobe Stock | Christian Schwier / S. 16 o.: Hochschule Polizei | Sandra Pieper / S. 16 u.: Landgericht

Potsdam / S. 17: Hochschule Polizei | Sandra Pieper / S. 18 r.: pixabay.com / S. 18 l.: MdJ / S. 19: THT Polička, s.r.o / S. 20: Adobe Stock | Kzenon / S. 21: © dpa / S. 22 o.: STK BB | FE / S. 22 u.: MSGIV | Gabriel Hesse / S. 23: Maria Gänßler./ S. 24 l.: Franka Schwuchow / S. 24 r.: STK BB (Grafik) / S. 25 l.: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul / S. 25 r.o.: © BHBVT / S. 25 r.u.: Stiftung Stift Neuzelle / S. 26: STK | FE / S.27: STK BB | FE / S. 28: MLUK | Frauke Zelt / S. 29: Adobe Stock | engel.ac / S. 30.: STK BB | FE / S. 31: STK | FE S. 32 l.: picture alliance | Andreas Franke / S. 32 r.: STK | FE / S.33 o.: MLUK./ S. 33 r.u.: MLUK | Frauke Zelt / S. 34 STK BB | FE / S. 35 STK BB | Kai Dietrich